

# PARITÄTREPORT

3 | 2021

**SCHWERPUNKT WAHLEN:** Deutschland wählt den Bundestag, Niedersachsen neue Kommunalparlamente

**ONLINE-HILFE:** Der Blindenverband erleichtert die Suche nach barrierefreiem Wohnraum

**ABSCHIED:** Birgit Eckhardt geht in den Ruhestand



## IMPRESSUM

### Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
Gandhistrasse 5a  
30559 Hannover  
Tel.: 0511 / 5 24 86-0  
landesverband@paritaetischer.de

### Registereintrag

Registergericht Hannover  
Vereinsregister-Nummer 2156

### Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord  
25/206/21596

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BIC: BFSWDE33HAN  
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

### Verantwortlich für den Inhalt

Rainer Flinks, Vorstand Wirtschaft und Finanzen

### Redaktion

Bereich Grundsatz und Kommunikation  
Leitung: Jens Starkebaum  
Red.: Anika Falke und Uwe Kreuzer  
report@paritaetischer.de

### Druck

UmweltDruckhaus Hannover GmbH, Langenhagen

### Gestaltung

neuwaerts GmbH, Hannover

### Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften behält sich die Redaktion das Recht auf redaktionelle Überarbeitung und Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

### Bildnachweis

Titelbild: picture alliance | Torsten Sukrow/SULUPRESS.DE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier mit mineralölfreien Druckfarben und CO<sub>2</sub>-neutralem Versand.

## DER PARITÄTISCHE NIEDERSACHSEN IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN

**Aktuell und vielfältig: Vernetzen Sie sich mit uns in den Sozialen Netzwerken! Auf unseren Kanälen posten wir über soziale Themen und aus dem Verbandsleben.**

**Folgen sie uns auf:**

-  [www.facebook.com/paritaetischer](https://www.facebook.com/paritaetischer)
-  [www.twitter.com/Paritaetischer](https://www.twitter.com/Paritaetischer)
-  [www.instagram.com/paritaetischer\\_nds](https://www.instagram.com/paritaetischer_nds)
-  [www.youtube.com/user/paritaetischernds](https://www.youtube.com/user/paritaetischernds)

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Deutschland wählt. Am 26. September ist Bundestagswahl, und zwei Wochen davor wählen die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger ihre Kommunalparlamente und vielerorts auch neue Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen. Um diese Wahlen geht es im Schwerpunktteil dieses Hefts.

„Geh wählen, weil alle zählen“, so ist die Kampagne des Paritätischen Gesamtverbands zur Bundestagswahl überschrieben. In dieser knackigen Aufforderung steckt so viel drin. Mit unserer Wahlentscheidung beeinflussen wir letztlich das Leben aller Menschen in Deutschland. Die anstehenden Wahlen sind besonders wichtig, weil in der nächsten Legislaturperiode wegweisende Entscheidungen zu treffen sind: Die sozial-ökologische Wende muss gelingen, sonst werden künftige Generationen ihrer Lebensgrundlage beraubt; die Digitalisierung muss vorangetrieben werden, und gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass alle Menschen daran teilhaben können; der demografische Wandel verursacht enorme Umbrüche, für die es noch keine ausreichenden Lösungen gibt.

Diese Liste lässt sich noch lange fortsetzen. Wir alle bestimmen bei den anstehenden Wahlen mit, wer diese Herausforderungen angehen soll. Bitte nutzen Sie alle Ihr Wahlrecht!

Mit diesem Heft versuchen wir, die Bedeutung der Kommunal- und der Bundestagswahl einzuordnen und klarzumachen, welche politischen Ziele uns als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege wichtig sind. Wir erläutern die Forderungen, die wir an die nächste Bundesregierung und auf kommunaler Ebene stellen. Und mit Journalist Heribert Prantl haben wir einen ausgewiesenen Kenner der deutschen Politik im Interview. Im Gespräch analysiert er die großen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

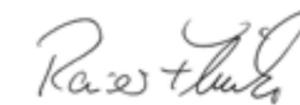
Ebenso geben wir den Parteien Raum, um ihre Anliegen zu schildern: Wir haben die Spitzenkandidat\*innen der niedersächsischen Parteien für die Bundestagswahl befragt, welche Vorhaben sie im Falle ihrer Wahl umsetzen möchten. Auch Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen schildern, was ihrer Meinung nach ganz oben auf der politischen Agenda stehen sollte.

Es gibt viele Deutungen des Begriffs „Politik“. Otto Suhr, verdienter Sozialdemokrat und Widerstandskämpfer im NS-Regime, hat ihn so definiert: „Politik ist der Kampf um gerechte Ordnung.“ Das gefällt mir gut. An ihrem Einsatz für eine gerechte Ordnung sollten sich alle Parteien und alle Politiker\*innen messen lassen, ob im Bundestag oder in kommunaler Verantwortung. Der Paritätische fühlt sich der Idee einer gerechten Gesellschaft schon seit seiner Gründung verpflichtet.

Liebe Leserinnen und Leser, für Gerechtigkeit und für die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Alltag hat sich auch meine geschätzte Kollegin Birgit Eckhardt stets eingesetzt. 24 Jahre lang hat sie für den Paritätischen gearbeitet, zuletzt sechs Jahre als Vorsitzende. Nun ist sie in den Ruhestand gegangen. Wir haben sie – so gut es unter Pandemiebedingungen möglich war – standesgemäß verabschiedet. Ein paar Eindrücke davon finden Sie in diesem Heft.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr



Rainer Flinks,  
Vorstand Wirtschaft und Finanzen



- 2 IMPRESSUM
- 3 EDITORIAL

## SCHWERPUNKT – WAHLEN 2021

- 8 **„KÜSSEN IST EIN GUTES PROGRAMM“**  
Publizist Heribert Prantl über den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft der Provinz
- 12 **ZUSAMMENHALT VOR ORT STÄRKEN**  
Die paritätischen Forderungen zur niedersächsischen Kommunalwahl
- 16 **DER OFTMALS UNTERSCHÄTZTE URNENGANG**  
Was die Kommunalwahl so bedeutsam macht
- 18 **MEHR FRAUEN IN DIE POLITIK**  
Warum gibt es so wenige Kommunalpolitikerinnen? Und was hilft gegen Frauenmangel in den Räten?
- 19 **MITMISCHEN**  
Kommunale Beiräte verhelfen auch marginalisierten Gruppen zu einer Stimme
- 20 **TROTZ CORONA EIN ERFOLG**  
Nach zwei Jahren Projektzeit gehen die Jugend-Politik-Dialoge zu Ende
- 21 **VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN**  
Ein breites Bündnis stellt das Positionspapier „Ein sicherer Hafen für alle“ vor
- 22 **FÜR ECHE TEILHABE, FÜR MEHR GERECHTIGKEIT**  
Die Forderungen des Paritätischen Gesamtverbands zur Bundestagswahl im Überblick



- 24 **WOFÜR STEHEN SIE?**  
Die niedersächsischen Spitzenkandidat\*innen für die Bundestagswahl über ihre sozialpolitischen Positionen
- 29 **KONSTRUKTIVER AUSTAUSCH**  
Politisches Speed-Dating für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hannover
- 30 **WAHLKAMPF DIGITAL**  
Was kann sich die soziale Arbeit von den neuen Wahlkampfmethoden abschauen?



## NACHRICHTEN

- 34 **MINISTER OLAF LIES SCHALTET ADIRA.DE FREI**  
Neues Online-Portal für barrierefreien Wohnraum gestartet
- 36 **WIE DIE SCHULLANDHEIME DIE CORONA-KRISE BEWÄLTIGEN**  
Corona-Sonderprogramm für Jugend- und Familienbildung sichert Überleben der Häuser
- 37 **NEUSTART FÜR DIE DJH JUGENDHERBERGEN**  
Häuser zwischen Harz, Heide und Weser empfangen wieder Gäste
- 38 **NKITAG VERABSCHIEDET – WIE GEHT ES WEITER?**  
Neues niedersächsisches Kita Gesetz veröffentlicht
- 39 **VDK-LANDESVERBANDSTAG STELLT SOZIALPOLITISCHE WEICHEN**  
Bericht vom 18. Ordentlichen Landesverbandstag
- 40 **DAS BUDGET FÜR ARBEIT – EIN GEWINN FÜR ALLE**  
Mitarbeiter der obw erhält Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt
- 41 **„KÖNNEN BESSER SPRACHROHR SEIN“**  
Lebenshilfe Niedersachsen stärkt Rolle der Selbstvertreter\*innen

## PANORAMA UND SERVICE

- 44 **„SIE SIND DURCH UND DURCH PARITÄTERIN“**  
Paritätischer verabschiedet seine Vorsitzende: Birgit Eckhardt geht in den Ruhestand
- 46 **SCHRITTE IN DIE ZUKUNFT - SEIT 50 JAHREN**  
Fünf Jahrzehnte Suchthilfe in Niedersachsen: Die STEP feiert runden Geburtstag
- 48 **MIT SCHAF, HUHN UND KÄNGURU FÜR EIN TOLERANTES MITEINANDER**  
Bildungsprojekte von Exil e.V. sensibilisieren Kinder für Respekt und Toleranz
- 49 **FÜR EINE BUNTE & STARKE ZIVILGESELLSCHAFT**  
Das Projekt House of Resources Osnabrück • Diepholz stellt sich vor
- 50 **KINDERSCHUTZBUND IN BRAUNSCHWEIG HAT EIN NEUES DOMIZIL**  
Neuer Hauptsitz vereint zahlreiche Bereiche unter einem Dach
- 51 **TOLLER START FÜR BÄM!**  
Kampagne zur Stärkung der Offenen Jugendarbeit gestartet
- 52 **SELBSTHILFEGRUPPEN STELLEN SICH VOR**  
35. Hannoverscher Selbsthilfetag war ein voller Erfolg
- 53 **INKLUSION IN BUNTEN TÜTEN**  
Werkstatt Jever betreibt Freibandkiosk
- 54 **PERSONALIA**
- 54 **VERANSTALTUNGEN**
- 55 **WILLKOMMEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN**
- 56 **VERBANDSJUBILÄEN**
- 57 **DER PARITÄTISCHE STELLENMARKT**
- 59 **IHR PARITÄTISCHER IN NIEDERSACHSEN**



# SCHWERPUNKT – WAHLEN 2021





Großbaustelle Wohnraumangel: Die Grundstückskosten in Deutschland sind zu hoch, sagt Heribert Prantl. Und immer neue Baugebiete am Stadtrand machen eine Kommune auch nicht lebendiger.

## „KÜSSEN IST EIN GUTES PROGRAMM“

Publizist Heribert Prantl, langjähriger Beobachter deutscher Politik, macht sich im Interview Gedanken darüber, wie man die deutsche Provinz aus der Depression befreit – und wie man die Gesellschaft befruchtet. Ein Gespräch zu den bevorstehenden Wahlen.

**Parität Report: Herr Professor Prantl, was sind aus Ihrer Sicht die großen Herausforderungen für die deutsche Politik in den nächsten Jahren?**

**Prof. Heribert Prantl:** Frieden und Zusammenhalt in Europa. Zusammenhalt der Gesellschaft, Klimawende, Migration. Und: Mir ist wichtig, dass wir die richtigen Konsequenzen aus der Corona-Krise ziehen. Was haben wir gelernt? Der Respekt vor den Kindern und der Respekt vor den Alten gehören zusammen. Er ist das Band, welches das Leben umspannt. Die Gegenwart der Menschen in Alten- und Pflegeheimen während der Corona-Krise war die Isolation. Isolation – das ist nicht die Zukunft der Gesellschaft.

Korrigieren wir die Gesundheitsgesetze so, dass das Gesundheits- und Pflegewesen wieder zum Bestandteil einer gemeinwohlorientierten und bedarfsgerechten

Daseinsvorsorge wird. Das gehört zu einer solidarischen Gesellschaft. Und zu einer solidarischen Gesellschaft gehören die Grundrechte. Sie sind die Kernelemente, sie sind die Fixpunkte einer solidarischen Gesellschaft. Es ist ungesund, es ist gefährlich, wenn die Grundrechte in Krisenzeiten als Gefahr, als Bürde und Last betrachtet werden, die man kleiner machen muss. Aber ein Bereich, der mir ganz besonders am Herzen liegt, ist die Gleichstellungspolitik. Die Teilhabe von Frauen in den Entscheidungsstrukturen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Wertschätzung von sozialen Berufen und die Bekämpfung von Gewalt an Frauen sind Themen, die leider immer noch aktuell sind.

**Deutschland wirkt gespalten – in Ost und West, in Rechts und Links, in Arm und Reich. Wie kann es gelingen, die vielfältigen Risse in der Gesellschaft zu kitten?**

Wir brauchen ein Ende der Niedriglohnpolitik, wir brauchen eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Wir brauchen eine Steuerreform, die endlich hohe Erbschaften, hohe Einkünfte und spektakuläre Vermögen angemessen besteuert. Wir müssen die Schuldenbremse demontieren. Und wir brauchen eine Bürgerversicherung, die dem Zwei-Klassen-Gesundheitssystem den Garaus macht. Und die Renten? Wir müssen sie armutsfest machen. Dazu gehört es, die Vorstellung aufzugeben, dass private Vorsorge die Dinge schon richten kann.

**Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie sehr armutsbetroffene Menschen in Deutschland benachteiligt sind. Das Armutsniveau verharrt seit Jahren auf hohem Niveau, obwohl der Staat so viel Geld für Transferleistungen ausgibt wie nie zuvor. Was muss die neue Bundesregierung tun, um Armut im Land wirksam zu bekämpfen?**

Wieso „obwohl“? Der Staat muss deswegen immer mehr Transferleistungen aufbringen, weil die Vermögenden immer mehr entlastet werden. Jetzt sollen sie auch noch vom Soli entlastet werden. Armutsbekämpfung: Siehe oben. Sie beginnt mit angemessener Umverteilung.

**Eng verknüpft mit der Armutsbekämpfung ist die Debatte um den Wohnraumangel in Deutschland. Das Problem reicht inzwischen tief in die Mittelschicht. Der Markt allein scheint es nicht zu richten: Was kann man ihrer Meinung nach tun, um die ungebremsen Preissteigerungen in den Griff zu bekommen?**

Es braucht ein umfangreiches, nachhaltiges staatliches

Wohnungsbauprogramm. Es werden viel zu wenige Wohnungen gebaut. Es fehlt in erster Linie an bezahlbarem Bauland. Die steigenden und horrenden Grundstückspreise sind der zentrale Grund, warum die Mieten und das Bauen so teuer geworden sind. Eine Neuordnung des Bodenrechts ist daher kein kommunistischer oder sozialistischer Unfug, sondern eine Notwendigkeit. Die Bodenreform ist ein wohnungsbaupolitisches Thema und eines der Gerechtigkeit. Keinem anderen Thema wird schon so lange Unaufschiebbarkeit attestiert, seit über einem Jahrhundert. Und kein anderes Thema wird schon so lange aufgeschoben. Eine Stadt muss anders funktionieren als eine Wette auf Schweinehälften. Eine Stadt muss ein Gemeinwesen sein und bleiben, sie darf nicht Goldgrube für Spekulanten sein.

**Asylverfahren dauern zu lang, Menschen mit fremdländischen Namen werden bei der Wohnungssuche benachteiligt, Frauen mit Kopftuch werden auf offener Straße beschimpft. Gleichzeitig haben türkischstämmige Zuwanderer einen lebensrettenden Impfstoff in Deutschland entwickelt. Wie steht es um die Integration in unserem Land?**

Der Kapitalismus holt sich schon immer die klugen Köpfe – egal, welche Haarfarbe sie haben. Ja, es gibt sehr viel gelungene Integration, über die man vielleicht viel mehr reden müsste. Es gibt in Globalisierungszeiten auch globalisierte, internationale Kriminalität, also Kriminalität von Ausländern, die kein Interesse haben, Teil der Gesellschaft zu werden – die muss bekämpft werden. Es gibt Rassismus, dessen Virulenz nicht direkt kongruent



Foto: Jürgen Bauer

### INTERVIEWPARTNER

**Prof. Heribert Prantl** ist studierter Jurist und arbeitete zunächst als Rechtsanwalt und dann als Richter an bayerischen Amts- und Landgerichten. Als meinungsstarker Journalist hat er es nach seinem Berufswechsel bis in die Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung geschafft, als Autor zahlreicher Bücher zu gesellschaftspolitischen Themen ist er regelmäßig in den Bestsellerlisten vertreten. Er beschäftigt sich mit den Bruchlinien zwischen Politik, Moral und Recht. Heribert Prantl wird bei der anstehenden Mitgliederversammlung des Paritätischen Niedersachsen über den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunft des Sozialstaats sprechen.

ist zur Integration, sondern dazu, wie der Level von Zukunftsangst, Respekt und wirtschaftlicher Ungleichheit ist. Darin steckt auch schon der Weg, woran zu arbeiten ist, um Integration zu befördern.

**Deutschland hat bereits 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Menschen mit**



Kein Selbstläufer: Inklusion kostet Geld, viel Geld, sagt Heribert Prantl – und sei damit ein gutes Beispiel dafür, dass die großen gesellschaftlichen Aufgaben solidarisch finanziert werden müssen.

**Behinderungen haben aber immer noch große Probleme, ihr individuelles Recht auf Teilhabe durchzusetzen. Viel zu vielen bleibt der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt verwehrt, auch von der inklusiven Schule sind wir weit entfernt. Warum tut sich Deutschland so schwer mit der Inklusion?**

Weil die naive Vorstellung, dass individuelle Teilhabe darin besteht, dass der Max mit seiner sozial-emotionalen Beeinträchtigung, die Hannah mit Down-Syndrom, die hochbegabte Lisa und Felix, der Systemsprenger, schön zusammen im Gymnasium lernen können, eine wohlfeile Ideologie ist. Teilhabe kostet Geld, viel Geld. Und da sind wir wieder bei der solidarischen Finanzierung der großen gesellschaftlichen Aufgaben.

**Kinder und Jugendliche standen im Zusammenhang mit der Corona-Krise stark im Fokus. Zuvor haben sie sich medienwirksam für mehr Klimaschutz starkgemacht. Ist es an der Zeit, Kinder und Jugendliche stärker an politischen Entscheidungen zu beteiligen?**

„Mehr Demokratie wagen“ ist immer noch ein gutes Motto. Ich wünsche mir, dass die stärkere Beteiligung von Jugendlichen nicht mit einer Rhetorik einhergeht, die die Ressentiments gegen die Alten bedient. Das Narra-

tiv, dass die Alten den Jungen die Zukunft zerstören, ist eine Nebelkerze, hinter der verschleiert wird, dass der eigentliche Konflikt zwischen denen besteht, die die Vermögen haben, die großen Erbschaften empfangen und den kosmopolitischen Lebensstil führen, und jenen, die wenig haben, Schulden erben und bei Kik und Aldi kaufen – egal, ob jung oder alt.

Die Kinder, die von der Pandemie am härtesten betroffen waren, sind nur zum kleinsten Teil die, die vor der Pandemie am Freitag für die Rettung des Klimas demonstriert haben.

**Klimaschutz, das große Thema der Jugend, darf nicht zum Eliteprojekt werden, Armutsbetroffene dürfen nicht über Gebühr belastet werden. Wie gelingt die sozial-ökologische Wende?**

Es ist aber bereits jetzt so, dass sie über Gebühr belastet sind. Arme Menschen sind die, die bereits jetzt am nachhaltigsten leben. Das Umweltbundesamt hat

festgestellt, dass die Leute mit den unteren Einkommen 10.000 Kilowattstunden im Jahr an Energie verbrauchen, die Leute mit den oberen Einkommen doppelt so viel. Arme sind viel härter als Wohlhabende von Energiesteuern betroffen, weil sie bei ihnen einen viel größeren Teil ihres Einkommens auffressen. Zugleich sind die Armen diejenigen, die vor allem unter Umweltverschmutzung leiden, weil sie an lauten, verpesteten Straßen wohnen und nicht in grünen Vororten, wo sie Pendlerpauschalen für ihre Fahrten über die lauten und verpesteten Straßen beziehen. Die sozial-ökologische Wende gelingt zum Beispiel dann, wenn der Staat durch Umverteilung eingreift, indem die Armen mehr von dem Geld bekommen, das aus Energiesteuern eingenommen wird, als die Einkommensstarken.

**Corona hat auch die Unterschiede zwischen den Kommunen offenbart – wohlhabende Städte kommen besser durch die Krise, aber insgesamt müssen die Kommunen eine große Last tragen. Brauchen wir weitere Finanzhilfen für die Kommunen?**

Die Kommunen ächzen darunter, dass sie vom Bund und von den Ländern ungenügend für die Aufgaben ausgestattet werden, die eben diese ihnen per Gesetz

auferlegen. Beispiel Kindergarten: In armen Städten haben die Kommunen deutlich weniger Einkünfte aus den Elternbeiträgen, einfach weil die Eltern arm sind. Diese Kommunen können sich deshalb nicht die Großzügigkeit leisten, die es gerade dort bräuchte, um angesichts sozialer Probleme Sonderleistungen zu finanzieren. Beispiel Transferleistungen: Je mehr Hartz-Bezieher in einer Stadt wohnen, desto mehr Geld muss die Stadt für ihre Unterstützung aufwenden – Geld, das dann für Kultur und Infrastruktur fehlt. Hinzu kommt, dass gerade diese Kommunen weniger Einnahmen haben, weil ihr Steuerertrag geringer ist. Die Benachteiligung von Städten mit armer Bevölkerung und die Bevorteilung jener mit wohlhabender Bevölkerung ist also systemisch und auf Dauer gestellt. Statt die Kommunen von vornherein nach ihrem Bedarf zu finanzieren, gibt es ein aufgeblähtes und bürokratisches Antrags- und Zuwendungsdrückicht.

**Die Dörfer, Gemeinden und Städte sind der zentrale Lebensmittelpunkt der Menschen. Hier sind die direkten Folgen politischer Entscheidungen zu spüren. Wie kann es angesichts des demografischen Wandels und der großen Unterschiede zwischen Metropolen und ländlichem Raum gelingen, gleichwertige**



„Schnelle Datenleitungen bis ins letzte Dorf“: Arbeiter verlegen hohle Kabelleitungen für Glasfaserverbindungen.

**Lebensverhältnisse für alle Menschen im Land zu schaffen?**

Gleichwertig heißt nicht gleich. Wer aufs Land zieht, will oft bewusst anders leben als in der Stadt, es sei denn er zieht nur dorthin, weil er sich die Miete im Zentrum nicht leisten kann. Gleichwertig heißt: Die Kinder haben Schulen und Spielmöglichkeiten. Gleichwertig heißt: Man erreicht Arzt und Krankenhaus, wenn man sie braucht. Gleichwertig heißt: Es gibt Orte für Einkauf und Geselligkeit. Gleichwertig heißt: Man hat funktionierendes Internet und einen funktionierenden Nahverkehr, nicht nur Richtung Metropole, sondern auch in die Nachbarorte. Der Ausbau von Homeoffice könnte insofern gut tun, als die Menschen ihren Wohnort nicht nur als vier Wände wahrnehmen, in denen ihr Bett steht, in das sie am Abend müde fallen, sondern als Lebensort, den sie auch bei Tageslicht kennen.

Es braucht mehr Sinn für Schönheit und für all das, was einem Ort Seele gibt. Und es hilft der Sensus dafür, was Dorf und Landschaft verhandelt. Viele frühere Ortskerne verdienen das Wort Kern nicht mehr, sie sind eine Ödnis. Es ist, als sei der Buchsbaumzünsler nicht nur in die Vorgärten, sondern auch in viele Klein- und Mittelstädte eingefallen. Im Zentrum so vieler Dörfer, Märkte und Städte gähnt ein Loch. Außen herum wachsen, gut finanziert von den Sparkassen, Eigenheimsiedlungen, aus denen die Bewohner zum Arbeiten in die Städte pendeln, so sie nicht gleich ganz wegziehen. Die Harmonie von Arbeit und Leben, die einmal das Kennzeichen der Provinz war, gibt es immer weniger. Weil die Arbeit dort verschwunden ist, verschwindet dort auch das Leben. Wenn die Leute dort noch sind, dann zum Schlafen. Die Provinz ist eine schläfrige Angelegenheit geworden. Es braucht neue Technik, Glasfaserkabel, schnelle Datenleitungen bis ins letzte Dorf. Die Debatte, was das für die Arbeitswelt bedeutet, hat erst begonnen. Einige Pendellei wird sich dann in Zukunft vermeiden lassen. Die Landflucht könnte zumindest gestoppt werden. Kurz: die Provinz muss wieder wachgeküsst werden. Küssen ist ein gutes Programm.



**UWE KREUZER**

Referent für Grundsatzfragen  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
[uwe.kreuzer@paritaetischer.de](mailto:uwe.kreuzer@paritaetischer.de)

# ZUSAMMENHALT VOR ORT STÄRKEN – PARITÄTISCHE FORDERUNGEN ZUR KOMMUNALWAHL 2021

*Unsere Dörfer, Gemeinden, Städte und Landkreise sind der Lebensmittelpunkt der Menschen in Niedersachsen. Nirgendwo sonst sind die Folgen politischer Entscheidungen und die Auswirkung gesellschaftlicher Trends und Veränderungen so direkt spürbar wie auf der kommunalen Ebene. Das gilt nicht nur für die politischen Entscheidungen der kommunalen Parlamente, sondern vor allem auch für die Umsetzung der Gesetze von Bund und Land. Am 12. September wählt Niedersachsen neue Kommunalvertretungen.*

Besonders im Rahmen der Corona-Pandemie stehen die niedersächsischen Kommunen aktuell wieder an vorderster Linie, egal ob bei der Organisation der Impfung, Testung und Nachverfolgung, der Umsetzung der notwendigen Schutzmaßnahmen oder bei der Sicherung der Daseinsvorsorge. Diese Belastungsprobe hat noch mal eindrücklich gezeigt, wie wichtig handlungsfähige Kommunen mit starken Strukturen für die Menschen und deren Wohl sind.

Unsere Kommunen zeichnet aber viel mehr als das von ihnen angebotene Leistungsportfolio aus. Sie sind auch ein zentraler Erfahrungsraum von Teilhabe am politischen und sozialen Leben. Überall dort, wo sich Menschen im Alltag begegnen, einander kennen- und vertrauen lernen, entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt. Das gelebte solidarische Miteinander beginnt oftmals am Gartenzaun, beim Engagement in Vereinen und Initiativen und mit der Identifikation eines gemeinsamen Sozialraums. Vitale und lebenswerte Kommunen fußen auf starken Gemeinschaften, in denen gute Nachbarschaft und gegenseitige Unterstützung erfahrbar sind. Damit wird die Kommune zum entscheidenden Ort, um gesellschaftliche Gegensätze abzubauen sowie eine solidarische und demokratische Gesellschaft zu gestalten.

Mit dem Positionspapier „Zusammenhalt vor Ort stärken“, das auf der Webseite des Paritätischen unter [paritaetischer.de](http://paritaetischer.de) zum Download bereitsteht, wollen wir als niedersächsischer Wohlfahrtsverband unsere Grundüberzeugungen und Leitgedanken, aber auch unsere

politische Erwartungshaltung an die zukünftigen kommunalen Entscheidungsträger\*innen anlässlich der am 12. September 2021 stattfindenden Kommunalwahl deutlich machen. Denn wir sind überzeugt: Die Ausgestaltung des Sozialen bestimmt maßgeblich die Lebensqualität vor Ort.

Unsere Forderungen finden Sie gekürzt auf diesen Seiten, die ausführliche Positionierung ist in der Broschüre nachzulesen. Vertreter\*innen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen begründen hier außerdem, warum unsere Forderungen so wichtig sind. Ihr Aufruf: Lassen Sie uns das Soziale gemeinsam stärken!

Seit Jahren spitzt sich die Situation am Wohnungsmarkt auch in Niedersachsen zu. So fehlen in vielen Regionen bezahlbarer und auch barrierefreier Wohnraum vor allem für Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Daher müssen der soziale Wohnungsbau gestärkt, wirkungsvolle Mietpreisbremsen umgesetzt und eine abgestufte Pflicht zur Barrierefreiheit im Neubau eingeführt werden.

**Sven Dickfeld, Regionalgeschäftsführer  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.**

**1. WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT!**  
Jeder Mensch benötigt einen angemessenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum.

Wettbewerb ist wichtig, auch in der sozialen Arbeit. Ohne Vielfalt in der Trägerlandschaft gibt es aber keinen Wettbewerb. Die Erfahrung zeigt, dass dann Fortschritt und Qualität allzu oft stagnieren.

**Kurt Spannig, Verbandsratsvorsitzender  
Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e.V.**

**2. WAHLFREIHEIT GIBT ES NUR MIT UNS!**  
Hilfsbedürftige Menschen müssen selbst darüber entscheiden können, welche Art Hilfe sie in Anspruch nehmen – und von wem. Dafür braucht es die vielfältigen Angebote freier Träger.

**3. SOZIALE DASEINSVORSORGE  
KOSTET GELD!**  
Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Angebote der Sozialen Arbeit sind. Für die Bewältigung der Krise und ihrer Folgen braucht es eine starke soziale Infrastruktur.

Schon vor Corona waren Tendenzen zur Spaltung der Gesellschaft unübersehbar. Jetzt wurden sie noch verstärkt: Homeschooling war nicht für alle Familien möglich, ganze Berufsgruppen, etwa in der Kultur, aber auch Mini-Jobber aus allen Sparten, gerieten unter die Räder. Das gefährdet mittelbar und unmittelbar die Demokratie. Der „freie Markt“ kann dem nicht entgegenwirken. Vielmehr ist es übergeordnete Aufgabe des Staats, mithilfe gemeinwohlorientierter Organisationen eine angemessene Daseinsvorsorge für alle Menschen zu gewährleisten.

**Ulla Klapproth, Verbandsratsvorsitzende  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.**

Kinder benötigen eine ehrliche Chance auf eine sinnstiftende Zukunft. Selbstwirksamkeit und aktives Handeln entwickeln sich in einem Rahmen, in dem verlässliche Bindungen und Förderung erlebt werden. Diskussionen sollten nicht um die entstehenden Kosten in der Jugendhilfe geführt werden, sondern um die Investitionen in die Zukunft der jungen Menschen, die diese Gesellschaft gestalten werden.

**Yvonne Voges, Geschäftsführerin  
FaB Fachanbieter für Betreuungen gGmbH**

**4. KINDER UND JUGENDLICHE  
SIND UNSERE ZUKUNFT!**  
Wir wollen, dass junge Menschen zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten werden und die Gesellschaft mitgestalten. Dafür brauchen sie bedarfsgerechte, individuelle Unterstützung.

**5. MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN DÜRFEN SELBST ÜBER IHR LEBEN BESTIMMEN!**

In den Lebens- und Sozialräumen vor Ort entscheidet sich, wie Teilhabe und Selbstbestimmung organisiert werden können – und ob Inklusion tatsächlich gelebt wird.

Menschen mit Behinderungen dürfen über ihr Leben selbst bestimmen. In den Lebens- und Sozialräumen vor Ort entscheidet sich, wie Teilhabe und Selbstbestimmung organisiert werden können – und ob Inklusion tatsächlich gelebt wird. Dazu zählen aktive Armutsbekämpfung, mehr bezahlbarer (barrierefreier) Wohnraum, ausreichend Unterstützung in der Alltagsbewältigung und insbesondere eine deutliche Verbesserung der Lebenschancen beeinträchtigter Menschen. Denn Diskriminierung und Benachteiligungen gehören für sie immer noch zum Alltag.

**Rainer Hempel, Geschäftsführer  
Das Boot Emden e.V. Verein zur Förderung  
seelischer Gesundheit**

Ein Verbleiben in der Häuslichkeit kann neben der Angehörigenpflege nur mit personell gut ausgestatteten ambulanten Diensten gelingen. Genügend Personal finden die ambulanten Dienste im Wettbewerb mit Heimen und Krankenhäusern jedoch nur dann, wenn gerechte Entgelte ihnen eine gleich gute Bezahlung des Personals ermöglichen.

**Hans Golmann, Geschäftsführer  
ambet e.V. Braunschweig**

**6. GUTE PFLEGE = GUTES LEBEN IM ALTER!**

Menschen sollen auch im hohen Alter ein gesundes und selbstbestimmtes Leben in ihrem bekannten Umfeld führen können. Dafür braucht es angemessene Versorgungsstrukturen.

Akzeptanz und Wertschätzung von Verschiedenheit und Gemeinschaft machen eine Kommune lebenswert. Familien – egal in welcher Konstellation – müssen sich willkommen, akzeptiert, unterstützt fühlen. Das Miteinander wird durch qualitativ hochwertige und zeitlich flexible Betreuungseinrichtungen ebenso gefördert wie durch unterstützende Angebote, die in schwierigen Zeiten Begleitung und Sicherheit bieten.

**Lena Plog, Geschäftsführerin  
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Landesverband  
Niedersachsen e.V.**

**7. KOMMUNEN MÜSSEN FAMILIENFREUNDLICH SEIN!**

Familien brauchen gute Betreuungseinrichtungen und professionelle, niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote. Das macht eine Gemeinde lebenswert.

**8. ARMUT UND SOZIALER UNGLEICHHEIT VORBEUGEN!**

Soziale Spaltung zeigt sich dort, wo die Menschen leben – in den Kommunen. Aktive und präventive Sozialpolitik kann Armut wirkungsvoll bekämpfen und hohe Folgekosten vermeiden.

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen fordert zur nachhaltigen Armutsbekämpfung mehr Betroffenenbeteiligung. Menschen, die von Armut betroffen sind, wissen am besten um ihre Bedürfnisse und Interessen. Sie sind Expert\*innen ihres eigenen Lebens. Der politische Ansatz „Wir wissen am besten, was für Arme gut ist“ ist im 21. Jahrhundert ein Anachronismus.

**Klaus-Dieter-Gleitze, Geschäftsführer  
Landesarmutskonferenz Niedersachsen**

Gelungene Integration und Teilhabe können nur gelingen, wenn sich Menschen aus anderen Ländern ohne Vorurteile willkommen, gut beraten und sicher fühlen, um ihre vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten auch in Deutschland so schnell wie möglich einsetzen zu können. Willkommene und teilhabende Eltern sind zudem Vorbilder für ihre Kinder und erhöhen damit die Chancen für eine erfolgreiche Schulbildung. Dadurch tragen sie zur Reduzierung des Fachkräftemangels in Deutschland bei.

**Seyhan Öztürk, Vorsitzende  
Föderation Türkischer Elternvereine in  
Niedersachsen e.V.**

**9. INTEGRATION BEGINNT VOR ORT!**

In unseren Kommunen leben Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft. Eine unvoreingenommene Willkommenskultur und niedrigschwellige Unterstützung bilden die Grundlage für gute Nachbarschaft.

Ehrenamtliche tragen maßgeblich dazu bei, unsere Kommunen zu lebenswerten Orten zu machen. Ihr Engagement verdient Anerkennung und Förderung. Von daher ist es mir wichtig, dass in den einzelnen Kommunen ehrenamtliche Strukturen aufrechterhalten werden und Hauptamtliche, die das Ehrenamt koordinieren, nicht weiter von finanziellen Kürzungen betroffen sind. Freiwilligenagenturen und -zentren kümmern sich um diese Strukturen und sorgen so für eine Willkommens- und Danke-Kultur. Die Kommunen müssen das unterstützen und wertschätzen.

**Christian Hüser, Leiter Selbsthilfe- und Freiwilligenzentrum Meppen  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.**

**10. EHRENAMT BRAUCHT ANERKENNUNG!**

Ehrenamtliche tragen maßgeblich dazu bei, unsere Kommunen zu lebenswerten Orten zu machen! Ihr Engagement ist keine Selbstverständlichkeit, sondern verdient Anerkennung und Förderung.



Fußgängerzone in Emden: Die Zukunft der Innenstädte ist eines der zentralen Themen im niedersächsischen Kommunalwahlkampf.

## KOMMUNALWAHL: DER OFTMALS UNTERSCHÄTZTE URNENGANG

*Bei der zurückliegenden Kommunalwahl gingen in Niedersachsen deutlich weniger Menschen an die Urne als bei den letzten Landtags- oder Bundestagswahlen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2017 mit 63,1 Prozent und zur Bundestagswahl 2017 mit 76,4 Prozent betrug die Wahlbeteiligung in Niedersachsen bei der Kommunalwahl ein Jahr zuvor lediglich 55,5 Prozent. Im Verlauf der vergangenen 20 Jahre ist die Wahlbeteiligung drastisch gesunken. Die zunehmende Größe der „Partei“ der Nichtwähler\*innen ist dabei keinesfalls eine niedersächsische Besonderheit. Bedenklich ist diese Entwicklung allemal – denn die Kommunalwahl ist wichtiger, als viele denken.*

Angesichts der spezifischen regionalen Besonderheiten, die Niedersachsen als zweitgrößtes deutsches Flächenland mit seinen vielfältigen und unterschiedlichen Landschaften und sozialen Räumen mit sich bringt sowie der Zahl von rund 2100 kommunalen Vertretungen mit mehr als 29.000 Sitzen, die es neu zu wählen gilt, wird deutlich, dass die Kommunalwahl – anders als es die Wahlbeteiligung vermuten lässt – eine ganz besondere Wahl ist.

Denn auch wenn es bei der Kommunalwahl um die kleinsten demokratischen Einheiten unseres Staatswesens geht, sind die Dörfer, Gemeinden, Städte und Landkreise der zentrale Lebensmittelpunkt der Menschen

in Niedersachsen. Nirgendwo sonst sind die direkten Folgen politischer Entscheidungen und die Auswirkung gesellschaftlicher Trends und Veränderungen so direkt spürbar wie auf der kommunalen Ebene. Das gilt nicht nur für die politischen Entscheidungen der kommunalen Parlamente, sondern auch für die Umsetzung der Gesetze von Bund und Land. Die Kommunalwahl ist seit jeher geprägt durch die ortsspezifischen Besonderheiten und die aktuelle Situation in der jeweiligen Kommune. Diese Regionalisierung spiegelt sich auch in den Themen wider. Im Gegensatz zu Landtags- oder Bundestagswahlen spielen die großen politischen Fragen oftmals nur wenig bis kaum eine Rolle. Im Vordergrund stehen die tatsäch-

lichen Bedarfe vor Ort, wie zum Beispiel die Unterbringung von Geflüchteten, die Ausschreibung eines neuen Baugebiets, die Betreuungssituation für Kinder oder der Bau einer Umgehungsstraße.

Als Teil der Freien Wohlfahrtspflege ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ein korporativer und kooperativer Mitgestalter des Sozialstaats und ein wichtiger Partner der Kommunalverwaltungen in ganz Niedersachsen. Vor Ort, vertreten durch unsere Kreisverbände, sind wir mit unseren Einrichtungen und An-



Partner der Städte und Gemeinden: Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen sind zentrale Koproduzenten der kommunalen Daseinsvorsorge.

geboten sowie mit unseren Mitgliedsorganisationen ein tragender Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Als zentrale Koproduzenten von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge arbeiten wir unabhängig und partnerschaftlich mit den öffentlichen Sozialleistungsträgern im Sinne einer sinnvollen und wirksamen Ergänzung von sozialen Angeboten zum Wohle der Hilfesuchenden zusammen und gestalten das soziale Miteinander. Grundlage dieser Zusammenarbeit, soweit sie durch öffentliche und freie Träger erbracht wird, ist das Subsidiaritätsprinzip, das den hilfebedürftigen Bürger\*innen ein Wunsch- und Wahlrecht ermöglicht.

Im Bereich der Alten-, Behinderten-, Gesundheits-, Kinder- und Jugend-, Sozial- und Wohnungshilfe sind die Kommunen für den Paritätischen zentrale Ansprechpartner\*innen im Rahmen unseres täglichen Engagements für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Inklusion. Grundsätzlich entscheidet

jede Kommune im Rahmen der kommunalen Haushalte eigenständig darüber, welche politische Bedeutung sie der Sozialpolitik vor Ort einräumt, und beeinflusst damit maßgeblich ihre soziale Integrationskraft, ihre Zukunftschancen sowie die Voraussetzungen für soziale Arbeit durch freie Träger. In diesem Zusammenhang sind die finanziellen Folgen der Covid-19-Pandemie für die Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit für das Gelingen sozialer Arbeit eine große Belastung. Und das in einer Zeit, in der nicht nur die Folgen der Krise, wie der Anstieg der sozialen Ungleichheit, abgemildert werden müssen, sondern auch immense demografische und sozialpolitische Herausforderungen in den Kommunen bewältigt werden müssen.

Bei der Realisierung einer sozial gerechten und inklusiven Gesellschaft, in der alle Menschen über gleiche Teilhabechancen verfügen, kommt den Kommunen eine zentrale Funktion zu. Sie sind der entscheidende Ort, um gesellschaftliche Gegensätze abzubauen sowie eine solidarische und demokratische Gesellschaft zu gestalten. Vor diesem Hintergrund wollen wir als Paritätischer nicht nur für eine andere Wahrnehmung der Kommunalwahl, besonders hinsichtlich

ihrer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt, sensibilisieren. Sondern wir haben auch unsere politische Erwartungshaltung an die zukünftigen kommunalen Entscheidungsträger\*innen in einem Forderungspapier zusammengefasst. Dieses Papier ist unter dem Link [www.paritaetischer.de/wahlen2021](http://www.paritaetischer.de/wahlen2021) zu finden.



**MAXIMILIAN HENNIES**

Referent Sozialpolitik und Ehrenamt  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
[maximilian.hennies@paritaetischer.de](mailto:maximilian.hennies@paritaetischer.de)

# MEHR FRAUEN IN DIE POLITIK

*Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind per Gesetz gleichberechtigt, dennoch wird Politik bis heute mehrheitlich von Männern gemacht. Im Deutschen Bundestag ist der Frauenanteil mit 31,5 Prozent so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Während in der aktuellen Legislaturperiode im niedersächsischen Landtag 27,7 Prozent der Abgeordneten weiblich sind, fällt der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten noch mal geringer aus. Im Durchschnitt sind die Entscheidungsgremien auf kommunaler Ebene nicht einmal zu einem Viertel mit weiblichen Politikerinnen besetzt, die Frauenquote liegt bei lediglich 23,5 Prozent. In mehr als 50 Gemeinden und Städten in Niedersachsen gibt es seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 2016 nicht eine einzige Frau in den Räten. Was also tun?*

Nach wie vor ist Politik eine von Männern dominierte Welt. Dabei sollten Parlamente, als Orte der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung, unbedingt die Gesellschaft und die darin enthaltenen Sichtweisen und Perspektiven widerspiegeln und diese in die eigene Politik einfließen lassen. Doch auch wenn Frauen in Deutschland seit mehr als 100 Jahren das Wahlrecht haben, sind sie von einer gleichberechtigten Teilhabe im Parlament und am politischen Willensbildungsprozess noch meilenweit entfernt. Besonders von uns beim Paritätischen, die wir Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit und Teilhabe in unserer Arbeit tagtäglich leben und einfordern, muss dieser Umstand deutlich kritisiert werden.

Das Ziel einer geschlechtergerechten Politikbeteiligung wird in Niedersachsen besonders auch im Rahmen der Diskussion um die grundsätzliche Einführung gesetzlicher Regelungen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten kontrovers diskutiert. Mit Hilfe eines solchen Gesetzes sollen Parteien dazu verpflichtet werden ihre Listen gleichberechtigt zu besetzen – also paritätisch, Mann und Frau im Wechsel. Versuche in Brandenburg und Thüringen, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, sind im vergangenen Jahr vor den jeweiligen Verfassungsgerichten allerdings gescheitert. Wie der Frauenanteil in den Parlamenten auch anders erhöht werden kann, zeigen zwei Projekte, die in Niedersachsen im Rahmen der kommenden Kommunalwahl am 12. September einen Beitrag dazu leisten sollen, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.

Im Rahmen des Mentoring-Programms „Frau.Macht.Demokratie“ des Niedersächsischen Sozialministeriums unterstützen erfahrene politische Mandatsträger\*innen als Mentor\*in interessierte Frauen bei ihrem Einstieg in die Politik und geben im Rahmen ihrer Arbeit einen Einblick in das Alltagsgeschehen in den Parlamenten und ermöglichen den Zugang zu wichtigen Netzwerken in den politischen Strukturen. Das Projekt „POLITFIX“, initiiert vom

Bundesverband interkultureller Frauen in Deutschland, konzentriert sich wiederum gezielt auf Frauen mit Migrationsgeschichte und versucht, diese für ein Mandat in politischen Gremien wie Migrationsbeiräten, Kommunal- und Landesparlamenten mithilfe von Workshops und Beratung zu Fragen wie Wahlkampfführung, Netzwerken und Kommunikation zu begeistern und stellt den Frauen ebenfalls erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen als Mentorinnen an die Seite.

Vor dem Hintergrund einer ausbleibenden gesetzlichen Regelung in Gestalt eines verfassungskonformen niedersächsischen Paritätsgesetzes und den bislang nur freiwilligen Zielvorgaben einiger Parteien sind die oben beschriebenen Projekte in zweierlei Hinsicht wichtig. Sie ermutigen Frauen zur Übernahme eines politischen Engagements und erleichtern ihnen den Einstieg in die Politik. Gleichzeitig verdeutlichen sie die Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Zusammensetzung von politischen Parlamenten und sensibilisieren mit ihrer Arbeit nicht nur die Öffentlichkeit, sondern vor allem auch die Parteien für dieses Thema.

Bis der Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes endlich Realität wird und die vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen, ob nun in der Politik, im Arbeitsleben oder an anderer Stelle, endlich abgebaut sind, ist es noch ein langer Weg. Der Kampf für die Gleichberechtigung und gegen stereotype Geschlechter- und antiquierte Rollenbilder geht weiter – dabei können sich die Frauen der Unterstützung des Paritätischen gewiss sein.



**MAXIMILIAN HENNIES**  
Referent Sozialpolitik und Ehrenamt  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
[maximilian.hennies@paritaetischer.de](mailto:maximilian.hennies@paritaetischer.de)

# MITMISCHEN: POLITISCHE BETEILIGUNG DURCH KOMMUNALE BEIRÄTE

*Kommunen sind Lebens- und Arbeitsmittelpunkt von fast acht Millionen Menschen in Niedersachsen. Politische Entscheidungen, Krisen und Veränderungen sind hier unmittelbar zu spüren. Die Beteiligung von Bürger\*innen auf kommunaler Ebene sollte somit eigentlich selbstverständlich sein, doch das ist sie nicht für alle gleichermaßen.*

Besonders benachteiligte Gruppen haben es oft schwer, konkreten Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben, da sie kaum in institutionellen Gremien vertreten sind. Dies sind zum Beispiel ältere Menschen, Kinder und Jugendliche oder Menschen mit Behinderungen. Eine wichtige Möglichkeit für diese Bürger\*innen, ihren Belangen mehr Gehör zu verschaffen, ist die Mitarbeit in ehrenamtlichen Beiräten. Durch Beiräte erhalten sie mehr Beteiligungschancen auf kommunalpolitischer Ebene: Sie können die Interessen der jeweiligen Zielgruppe vertreten, Mitwirkungsrechte geltend machen, politische Institutionen beraten und als Ansprechpartner\*in fungieren. Auch aus Sicht der kommunalen Verwaltung sind Beiräte ein Gewinn, denn der externe Sachverstand der Beiräte kann genutzt und die Sicht der Betroffenen unabhängig von Parteimitgliedschaften miteinbezogen werden, um erfolgreich Politik für alle zu gestalten.

Es gibt also verschiedene positive Aspekte, die für die Einrichtung kommunaler Beiräte sprechen und ihre Bedeutung hervorheben. Trotzdem findet sich im niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) keine konkrete Regelung. Allerdings ist eine Bildung kommunaler Beiräte nach dem Gesetz grundsätzlich möglich. Vor Ort wird von dieser Möglichkeit jedoch sehr unterschiedlich Gebrauch gemacht, wie das Beispiel der kommunalen Behindertenbeiräte und Behindertenbeauftragten zeigt: „Nicht alle Beiräte und Beauftragte haben Rede- und Stimmrechte in den kommunalen Gremien. Auch fehlen manchmal wichtige Unterlagen oder sie werden bei Stellungnahmen nicht eingebunden“, so die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Petra Wontorra, in einer Pressemitteilung. Sie fordert daher eine entsprechende rechtliche Verankerung. Auch für den SoVD in Niedersachsen ist die Beteiligung benachteiligter Gruppen zentral, denn Menschen in besonderen, diversen Lebenslagen müssen für sich selbst sprechen können. Sie sind Expert\*innen in eigener Sache und die Belange behinderter Menschen sollten in den Ratsgremien und kommunalen Ausschüssen von ihren Vertreter\*innen selbst eingebracht werden. Ganz nach dem Mot-



Auch Menschen mit Behinderungen wollen sich in politische Debatten einbringen, wie hier 2016 bei einer Demo zum Bundesteilhabegesetz

to der Behindertenrechtsbewegung „Nichts über uns ohne uns“.

Ein weiteres Beispiel sind die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten: Erst mit der rechtlichen Verankerung der Gleichstellungsbeauftragten konnte die kommunale Gleichstellungspolitik und damit die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gefördert werden. Es spricht also einiges dafür, kommunale Beiräte einzuführen, zu stärken und diese auch rechtlich zu verankern. Durch die breitere Mitwirkung von Betroffenen in der Kommune kann der wachsenden Politikverdrossenheit konkret etwas entgegengesetzt werden, und so sind kommunale Beiräte auch ein Instrument, um weitere zentrale gesellschaftliche Fragen der Zukunft partizipativ anzugehen.



**KATHRIN SCHRADER**  
Stv. Abteilungsleiterin Sozialpolitik  
Sozialverband Deutschland SoVD – Landesverband Niedersachsen e.V.  
[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)

# TROTZ CORONA EIN ERFOLG: DIE JUGEND-POLITIK-DIALOGE

*Warum sollten wir (die „Alten“) eigentlich Jugendlichen und jungen Erwachsenen zuhören? Die Jugend-Politik-Dialoge Niedersachsen liefern nach fast zwei Jahren Projektlaufzeit eine klare Antwort.*

Ende 2019 sind die Jugend-Politik-Dialoge an den Start gegangen, um Jugendliche und Politik in ganz Niedersachsen in den Dialog und einen gemeinsamen Austausch zu bringen. Mit dabei sind Jugendzentren und Vereine, die völlig verschiedene Themen und Jugendliche mitbringen, um vor Ort in den Austausch mit Politiker\*innen und Entscheidungsträger\*innen zu gehen. Thematisch ging es um alles, was Jugendliche bewegt, von gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen wie Rassismus, Migration, Gerechtigkeit und Klima bis zu ortsgebundenen Fragen wie öffentlicher Nahverkehr, Freiräume für Jugendliche oder einfach den lokalen Bolzplatz. Die Gemeinsamkeit aller Dialoge war, dass sie jugendliche Lebenswelten und Bedürfnisse für die Politik zugänglich gemacht haben.



Kreativität gefragt: Pandemiebedingt fanden viele der Aktionen im Rahmen der Jugend-Politik-Dialoge im Freien statt.

Gerade durch die Corona-Pandemie haben sich die Räume für den Austausch zwischen Menschen weitgehend verengt. Ähnlich wie in Büros oder Kulturveranstaltungen auf der ganzen Welt, haben die Dialoggruppen, die beteiligten Jugendlichen und Fachkräfte ihre Herangehensweise den pandemiebedingten Umständen angepasst. So gab es neben digitalen Dialogrunden, Podcasts und YouTube-Fragerunden auch Stadtspaziergänge an der frischen Luft, bei denen lokale Politiker\*innen und Jugendlichen, unter Einhaltung der Abstandsregelungen, Orte für Jugendliche gemeinsam begehen und Verbesserungen vereinbaren konnten.

Der Blick auf einzelne Dialoggruppen macht deutlich, wie verschieden der Austausch zwischen Jugendlichen und Politik vonstattengehen kann. Bei Hometown Hannover fand ein digitaler Dialog zum Thema Flucht und Asyl in Europa mit Filiz Polat (B90/Die Grünen, MdB und Spitzenkandidatin der niedersächsischen Grünen für die anstehende Bundestagswahl) statt. Die Teilnehmenden konnten zuvor Fragen einsenden, der Dialog wurde bei YouTube live gestreamt. Bei ViA Linden in Hannover haben die Jugendlichen einen eigenen Podcast produziert und verschiedene Politiker\*innen als Gäste eingeladen. Zu Gast war unter anderem der SPD-Landtagsabgeordnete Alptekin Kirici. In Bad Essen haben lokale Politiker\*innen aller Parteien sich zu einem Stadtspa-

ziergang mit Jugendlichen getroffen, ein Jugend-Politik-Dialog trotz Corona. Zur Sprache kamen dabei, neben der Perspektive der Jugendlichen, auch die Anliegen der Politiker\*innen. Nachwuchsprobleme auf der lokalen Politikebene – nur eines der Themen, welche die Politiker\*innen für die Jugendlichen im Gepäck hatten.

Dieser Austausch zwischen Jugend und Politik bringt uns zurück zur eingangs aufgeworfenen Frage, warum „wir“ Jugendlichen überhaupt zuhören sollten? Die Antwort ist denkbar einfach. Aus allen Dialogen – so verschieden sie auch gestaltet waren – ist eine Erkenntnis geblieben: Da, wo Jugend und Politik aufeinandertreffen und in den Austausch gehen, entstehen nicht nur bei den Jugendlichen, sondern auch bei den beteiligten Politiker\*innen neue Ideen und Perspektiven. Daher plädieren wir an Politik und Entscheidungsträger\*innen: Hört jungen Menschen zu, ihr lernt mehr, als ihr denkt! Nur so können Jugendliche für Politik und Politik für Jugendliche begeistert werden.

**LENNART WALTER**  
Fachberater Bildung, Referent Europa  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
[lennart.walter@paritaetischer.de](mailto:lennart.walter@paritaetischer.de)

# VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN! EIN SICHERER HAFEN FÜR ALLE

*Ein breites Bündnis veröffentlicht anlässlich der Kommunalwahl ein Positionspapier zur Integrationspolitik. Klare Botschaft: Mit der Aufnahme geflüchteter Menschen endet die Arbeit nicht. Im Fokus des Papiers steht die Gesundheitsversorgung.*

Das Bündnis umfasst zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und Organisationen. Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und mehrere Mitgliedsorganisationen, darunter das Netzwerk für traumatisierte Flüchtling e. V. (NTFN), haben sich beteiligt. Unter dem Motto „Verantwortung übernehmen! Ein Sicherer Hafen für Alle“ werden politische Entscheidungsträger\*innen aufgefordert, kommunale Spielräume bei der Schaffung sicherer Häfen zu nutzen. Dabei galt das Augenmerk besonders dem Thema Gesundheit.

Viele niedersächsische Kommunen haben sich zu „sicheren Häfen“ und zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklärt. Ein „sicherer Hafen“ bedeutet aber auch, sichere Verhältnisse nach der Ankunft zu gewährleisten – Themen wie Wohnen und Gesundheitsversorgung sind hierbei entscheidend. Das Bündnis fordert „von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft in Niedersachsen, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um menschenrechtsorientierte, schützende und fördernde Lebensbedingungen und ein gleichberechtigtes Zusammenleben für alle Menschen zu schaffen – unabhängig von Pass und Aufenthaltstitel“.



Das Papier ist in fünf Themen unterteilt, in denen konkreter Handlungsbedarf besteht: Antirassismus, Verantwortung für die Einhaltung der Grundrechte, Bleiberecht statt Abschiebungen und Wohnen statt Unterbringung. Der letzte Punkt betrifft das Grundrecht auf Gesundheit: „Die Kommunen in Niedersachsen müssen sicherstellen, dass Menschen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus jederzeit und angstfrei Zugang zu medizinischer Versorgung haben, zum Beispiel durch eine Krankenversicherungskarte für alle und einen anonymen Krankenschein für Menschen ohne Papiere. Die Kommunen müssen einen barrierefreien Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten. Dazu gehört die Bereitstellung mehrsprachiger Informationen, die Finanzierung von Sprachmittlung bei Arzt\*innenbesuchen sowie deren Organisation (etwa durch den Aufbau von Gemeindedolmetscherdiensten). Die Einschränkung der Gesundheitsleistungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz und das damit verbundene aufwändige Antragsverfahren sollen abgeschafft werden. Bis dahin können Handlungsspielräume innerhalb des Asylbewerberleistungsgesetzes ausgeschöpft werden. Bei der Unterbringung von Geflüchteten und bei der Verteilung auf die Kommunen müssen gesundheitliche Belange wie zum Beispiel die Behandlungsmöglichkeiten vor Ort berücksichtigt werden. Eine psychologische/psychosoziale Beratung und Behandlung muss gewährleistet sein“.

Das Bündnispapier ist unter [www.ntfn.de/sicherer-hafen-niedersachsen/](http://www.ntfn.de/sicherer-hafen-niedersachsen/) zu finden. In den Wochen bis zur Wahl bieten die beteiligten Organisationen Veranstaltungen zu den einzelnen Themenkomplexen an. Darüber hinaus ruft das Bündnis dazu auf, Landespolitiker\*innen und kommunale Vertreter\*innen auf die Thematik anzusprechen und Verantwortung einzufordern.

**ARMIN WÜHLE**  
Projektassistenz RefuKey  
NTFN – Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.  
[ntfn.de](http://ntfn.de)



## FÜR ECHE TEILHABE, FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

*Egal, wer die Bundestagswahl am 26. September gewinnt: Ein Politikwechsel muss her. In den vergangenen Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergegangen, Probleme wie die Wohnungsnot wurden nicht gelöst, die sozialökologische Wende lässt auf sich warten. Der Paritätische Gesamtverband fasst zusammen, was die nächste Bundesregierung anpacken muss.*

### 1. ARMUT ABSCHAFFEN!

#### Hartz IV überwinden.

Wir fordern eine menschenwürdige Grundsicherung mit höheren Regelsätzen von mindestens 644 Euro und die Abschaffung von Sanktionen.

#### Prekäre Arbeit beenden.

Wir fordern einen Mindestlohn von mindestens 13 Euro, die Abschaffung sachgrundloser Befristung und die Einschränkung der Zeitarbeit.

#### Eine Arbeitslosenversicherung, die schützt.

Wir fordern ein Mindestarbeitslosengeld und die Ausweitung von Bezugsdauer, Rahmenfrist und Anwartschaftszeit.

#### Altersarmut verhindern.

Wir fordern die Einführung einer Mindestrente, die Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und die Streichung der Riester-Förderung.

### 2. GUTE PFLEGE UND GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE!

#### Pflege darf nicht arm machen.

Wir fordern eine solidarische Vollkaskoversicherung in der Pflege und übergangsweise als Sofortmaßnahme die Deckelung des Eigenanteils der pflegebedingten Kosten bei 15 Prozent.

#### Bezahlte Auszeit für die Pflege.

Wir fordern eine bezahlte Auszeit für die Pflege von Angehörigen, Freund\*innen oder Nachbar\*innen nach dem Vorbild des Elterngeldes.

#### Gute Gesundheitsversorgung für alle.

Wir fordern eine soziale und solidarische Bürgerversicherung und gleichberechtigten Zugang zu Pflege und Gesundheitsversorgung für alle.

### 3. KINDER VERDIENEN MEHR!

#### Kinder aus Armut befreien.

Wir fordern die Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung, damit kein Kind in Armut aufwachsen muss.

#### Alle Kinder fördern.

Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Bildung und Teilhabe für alle garantiert und sicherstellt, dass jedes Kind bestmöglich in seiner Entwicklung gefördert wird.

#### Ausbildung für alle.

Wir fordern mehr öffentlich über die Arbeitsagentur geförderte und mehr schulische Ausbildungsplätze, so dass alle Jugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung haben.

### 4. MENSCHENRECHTE KENNEN KEINE HERKUNFT!

#### Individuelles Recht auf Asyl.

Wir fordern die Sicherstellung des individuellen Rechts



auf Asyl in Europa und die sofortige Beendigung von Pushbacks.

#### Dezentrales Wohnen.

Wir fordern, dass Geflüchtete dezentral wohnen können und nicht länger als drei Monate in Massenunterkünften leben müssen.

#### Familiennachzug erleichtern.

Wir fordern, dass Geflüchtete und Migrant\*innen deutlich mehr Rechte zum Nachholen ihrer Familie bekommen.

### 5. BARRIEREN ABBAUEN, DISKRIMINIERUNG BEKÄMPFEN!

#### Barrierefreiheit überall.

Wir fordern, dass bestehende Barrieren in allen Lebensbereichen abgebaut werden und fehlende Vorkehrungen im Einzelfall im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sanktioniert werden.

#### Selbstbestimmung sichern.

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Rechts auf unabhängige Lebensführung, darunter die Abschaffung des Mehrkostenvorbehalts.



#### Diskriminierung bekämpfen.

Wir fordern, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zum umfassenden Schutz vor Diskriminierung auszubauen.

### 6. WOHNEN IST MENSCHENRECHT!

#### Mietpreise eindämmen.

Wir fordern eine wirksame Eindämmung von Mietpreisen, damit Menschen nicht aus ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden.

#### Neue Wohngemeinnützigkeit.

Wir fordern die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, weil das Grundrecht auf bezahlbares und gutes Wohnen nicht dem freien Markt überlassen werden darf.

#### Soziale Einrichtungen schützen.

Wir fordern die Begrenzung der zulässigen Gewerbetrieben und die Stärkung des Kündigungsschutzes, um soziale Einrichtungen und die wohnortnahe Versorgung zu schützen.

### 7. ÖKOLOGISCHE WENDE SOZIAL GESTALTEN!

#### Klimaschonendes Leben ermöglichen.

Wir fordern eine Klimaprämie für alle Bürger\*innen aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Investitionen in die sozial-ökologische Infrastruktur, z. B. in Schienenverkehr und öffentlichen Personennahverkehr, damit allen Menschen ein umweltfreundliches und nachhaltiges Leben möglich wird.

### 8. REICHTUM VERTEILEN, SOZIALES FINANZIEREN!

#### Reichtum stärker besteuern.

Wir fordern zur Finanzierung der sozialen Aufgaben die stärkere Heranziehung von Erbschaften, Vermögen und hohen Einkommen.





Von oben nach unten: Christian Dürr (FDP), Sven-Christian Kindler und Filiz Polat (DIE GRÜNEN), Amira Mohamed Ali (DIE LINKE) und Hubertus Heil (SPD).



## WOFÜR STEHEN SIE?

Der Parität Report hat die niedersächsischen Spitzenkandidat\*innen der FDP, der GRÜNEN, der LINKEN, der SPD und der CDU nach ihren sozialpolitischen Positionen und Plänen gefragt. Die Antworten finden Sie auf den nächsten Seiten. Leider nicht geantwortet hat die CDU.



### CHRISTIAN DÜRR (FDP)

\*18. April 1977

Wahlkreis Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Diplom-Ökonom Christian Dürr ist in Ganderkesee im Landkreis Oldenburg aufgewachsen, wo er bis heute lebt. Er ist verheiratet, Vater von zwei Kindern und saß von 2003 bis 2017 für die FDP im Landtag. 2017 gelang ihm auf Listenplatz 1 der Einzug in den Bundestag.

#### Wie wollen Sie Armut wirksam bekämpfen?

Ich möchte, dass jeder Einzelne die Chance bekommt, aufzusteigen. Unser Sozialstaat muss zu einem Sprungbrett für Menschen werden, um sich etwas aufzubauen. Wir haben das Liberale Bürgergeld vorgeschlagen, das die Grundsicherung würdevollender und chancenorientierter gestalten soll. So wollen wir etwa die Hinzuverdienstregeln für Arbeitssuchende verbessern, die dazu motivieren, die Grundsicherung aus eigener Kraft zu verlassen. Zudem haben wir mit der Basis- und Aktienrente Vorschläge gemacht, um eine faire Altersvorsorge zu schaffen und Altersarmut gezielt zu bekämpfen.

#### Wie wollen Sie die Kosten der Corona-Krise finanzieren und trotzdem sicherstellen, dass notwendige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und Infrastruktur realisiert werden können?

Wenn wir die Menschen und Betriebe entlasten, bleibt mehr Spielraum für Investitionen. Wenn dann mehr Geld in den Umlauf kommt und die Wirtschaft kräftiger wächst, steigen auch die Einnahmen des Staates. So werden wir auf lange Sicht die Kosten der Krise zurückzahlen können. Der Staat muss natürlich seine Kernaufgaben wahrnehmen, etwa im Bereich Bildung. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass schon heute 87% aller Investitionen aus dem privaten Sektor kommen. Leider ist der Staat nicht der bessere Investor, das sehen wir am Digitalpakt.

#### Was sind ihre wohnungspolitischen Ziele?

Wir müssen mehr bauen. In Berlin will eine Initiative Wohnungskonzerne enteignen. Die Entschädigungen würden den Senat mehr kosten, als im Haushalt zur Verfügung steht. Dabei wird keine einzige neue Wohnung gebaut. Wie viel Wohnraum könnte man mit dem Geld schaffen? Wir brauchen leichtere Genehmigungsverfahren, weniger Kosten und Bürokratie, um schneller bauen zu können.

#### Wie wollen Sie sicherstellen, dass Klimaschutz immer auch die soziale Frage berücksichtigt?

Um die Klimapolitik sozialverträglich zu gestalten, wollen wir die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel durch eine

Klimadividende und geringere Stromkosten zurückgeben. Davon würden besonders Menschen mit kleineren Einkommen profitieren.

#### Wie sollte Deutschland das Recht auf Asyl und ein modernes Einwanderungsrecht gestalten – auch mit Blick auf die fehlende europäische Einigkeit?

Ohne Migration in den Arbeitsmarkt steuern öffentliche Haushalte und Rente auf ein massives Defizit zu. Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln, das auch den Spurwechsel vom Asyl ins Einwanderungssystem erleichtert. Ich spreche immer wieder mit Menschen, die seit Jahren hier leben und von eigener Hände Arbeit glücklich werden wollen. Am Ende scheitert es an der Arbeitsgenehmigung. Dafür habe ich kein Verständnis. Eine vernünftige Einwanderungspolitik sollte wie auch eine Einigung in der EU beim Thema Flucht ganz oben auf die Agenda.

#### Wie wollen Sie die Situation in der Altenpflege verbessern und die Finanzierung sicherstellen – für Pflegebedürftige, Angehörige und für die Gesellschaft?

Wir müssen den Pflegeberuf attraktiver machen, durch Weiterbildungsangebote und bessere Karrierechancen. Zudem sollte die Pflegeausbildung reformiert werden, sodass etwa durch duale Studiengänge der Beruf für neue Personengruppen geöffnet wird. Um künftige Generationen zu entlasten, schlagen wir ein Drei-Säulen-Finanzierungsmodell vor, bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung sowie der privaten und betrieblichen Vorsorge.

#### Wie muss ein Gesundheitssystem aussehen, das allen Menschen eine gute Versorgung garantiert?

Dafür müssen wir das Gesundheitswesen regionaler und patientenzentrierter denken und ambulante und stationäre Versorgung besser verzahnen. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir Programme, um die Versorgungsstruktur zu verbessern. Zudem wollen wir als FDP das Gesundheitssystem entbürokratisieren und digitalisieren, um dem medizinischen Personal die Arbeit zu erleichtern.



**HUBERTUS HEIL (SPD)**

\*03. November 1972

Wahlkreis Gifhorn-Peine

Der aktuelle Bundesminister für Arbeit und Soziales hat einst seinen Zivildienst beim Paritätischen in Peine absolviert. Nach dem Politikstudium gelang dem verheirateten Vater von zwei Kindern ein rasanter politischer Aufstieg. Heil sitzt seit 1998 für die SPD im Bundestag.

Bei dieser Bundestagswahl geht es um Respekt. Die SPD steht dafür, dass sich alle verlassen können auf einen starken Sozialstaat, soziale Absicherung im Alter, bei Krankheit und in der Pflege. Und wir wollen Sicherheit und Chancen ermöglichen in einer sich verändernden Arbeitswelt. Darum geht es im Zukunftsprogramm der SPD – und dies sind alles Anliegen, die wir mit dem Paritätischen teilen.

**Wie wollen Sie Armut wirksam bekämpfen?**

Armutsbekämpfung ist eine Frage der Würde sowie der Anerkennung der Lebensleistung der Menschen – und zuerst eine Frage guter Arbeitsbedingungen. Die SPD steht für sichere Arbeit, höhere Löhne und mehr Tarifbindung. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung von Tarifverträgen und der Mitbestimmung ein. Öffentliche Aufträge dürfen nur vergeben werden, wenn Unternehmen anständig nach Tarif bezahlen. Wir wollen Planungssicherheit statt befristeter Arbeit und das Recht auf Arbeit – also ein Angebot für alle auf dem ersten oder dem sozialen Arbeitsmarkt oder eine Qualifizierung. Und wir werden diejenigen unterstützen, die viel leisten, aber zu wenig verdienen. Deshalb erhöhen wir den Mindestlohn auf 12 Euro. Für Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, wollen wir ein Bürgergeld einführen, das einfach zu beantragen ist und nicht nur zum bloßen Überleben ausreicht. Der Sozialstaat muss Partner der Menschen sein. Nach einem langen Arbeitsleben muss eine ordentliche Rente stehen. Die gesetzliche Rente ist ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaats und der Garant gegen Altersarmut. Daher steht die SPD für ein stabiles Rentenniveau.

**Wie wollen Sie die Kosten der Corona-Krise finanzieren und trotzdem sicherstellen, dass Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und Infrastruktur realisiert werden können? Wie wollen Sie sicherstellen, dass Klimaschutz die soziale Frage berücksichtigt?**

Für all diese Aufgaben muss der Staat handlungsfähig sein. Wer jetzt von großflächigen Steuersenkungen redet, der handelt unmoralisch. Wir brauchen nicht weniger Steuern, wir brauchen gerechtere Steuern. Kleine Einkommen

müssen entlastet und wirklich große Einkommen stärker zur Finanzierung all der großen Aufgaben herangezogen werden. Nur so können wir den sozialen Zusammenhalt sichern und die Energiewende sozial gerecht gestalten. Wir wollen eine Klimapolitik für alle. Denn Klimaschutz darf keine Angelegenheit für die sein, die es sich leisten können. Deshalb wollen wir Bürgerinnen und Bürger entlasten und die EEG-Umlage bis 2025 abschaffen.

**Was sind ihre wohnungspolitischen Ziele?**

Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch ein Recht auf Wohnen. Deswegen fordern wir ein Mietmoratorium, einen zeitlich befristeten Mietstopp in angespannten Wohnungsmärkten, um während dieses Zeitraums eine Atempause bei der Mietpreisentwicklung zu geben und den Neubau von Wohnungen konsequent voranzutreiben. Denn wir brauchen einen Aufbruch für den Wohnungsbau. Die SPD wird 400.000 Wohnungen jährlich bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen.

**Wie sollte Deutschland das Recht auf Asyl und ein modernes Einwanderungsrecht gestalten – auch mit Blick auf die fehlende europäische Einigkeit?**

Keine Antwort.

**Wie wollen Sie die Situation in der Altenpflege verbessern und die Finanzierbarkeit sicherstellen – für Pflegebedürftige, Angehörige und für die Gesellschaft?**

In der Pflege hat die SPD durchgesetzt, dass die Leistungen von Pflegeeinrichtungen nur finanziert werden, wenn die Beschäftigten nach Tariflohn bezahlt werden. Gleichzeitig muss Pflege bezahlbar sein. Deswegen brauchen wir eine Deckelung der Eigenanteile der Pflegekosten.

**Wie muss ein Gesundheitssystem aussehen, das allen Menschen eine gute Versorgung garantiert?**

Die beste medizinische und pflegerische Versorgung erreichen wir nur, wenn alle auf die gleiche Weise versichert sind – in der Bürgerversicherung statt in einer Zwei-Klassen-Medizin. Gute Arbeitsbedingungen und keine ausufernden Kosten sind dafür eine Grundbedingung.



**AMIRA MOHAMED ALI (DIE LINKE)**

\*16. Januar 1980

Wahlkreis Oldenburg-Ammerland

Aufgewachsen in Hamburg, lebt die Rechtsanwältin seit 2005 in Oldenburg. 2016 kandidierte sie bei der Kommunalwahl erstmals für die LINKE, bereits ein Jahr später zog sie in den Bundestag ein. Seit 2017 ist sie Fraktionsvorsitzende, gemeinsam mit Dietmar Bartsch.

**Wie wollen Sie Armut wirksam bekämpfen?**

Unter anderem durch Einführung einer Mindestrente und einer sanktionsfreien Mindestsicherung statt Hartz IV von je 1200 Euro pro Monat sowie einer Kindergrundsicherung. Das Rentenniveau anheben auf 53 Prozent. Mindestlohn rauf auf 13 €. Schluss mit sachgrundloser Befristung, Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.

**Wie wollen Sie die Kosten der Corona-Krise finanzieren und trotzdem sicherstellen, dass notwendige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und die Infrastruktur realisiert werden können?**

Durch eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre. Sie träge nur die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung und würde laut DIW 310 Milliarden Euro einbringen. Zusätzliche Investitionen finanzieren wir u.a. durch eine gerechte Besteuerung von Millionenvermögen, dem Schließen von Steuerschlupflöchern für Konzerne und die Kürzung des Militäretats.

**Was sind ihre wohnungspolitischen Ziele? Wie wollen Sie mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland schaffen, und was wollen Sie dem entfesselten Mietmarkt entgegensetzen?**

Es braucht viel mehr Wohnungsbau in öffentlicher Hand, damit der Markt nicht den Miethaien überlassen bleibt. 250.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr müssen entstehen. Außerdem brauchen wir einen wirksamen Mietendeckel bundesweit, um der Mietexplosion einen Riegel vorzuschieben.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass Klimaschutz kein Elitenprojekt wird, sondern in Form einer solidarischen Klimapolitik immer auch die soziale Frage berücksichtigt?**

Indem die wahren Verursacher der Klimakrise, die klimaschädlich wirtschaftenden und produzierenden Unternehmen, in die Verantwortung genommen werden. Höhere Verbrauchssteuern sind unsozial und ineffektiv. Wir wollen Bus und Bahn konsequent ausbauen und deutlich günstiger machen, eine Energieversorgung aus erneuer-

baren Energien und starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur.

**Wie sollte das Einwanderungsland Deutschland zukünftig das Recht auf Asyl im Sinne einer aktiven Einwanderungspolitik und eines modernen Einwanderungsrechts gestalten – auch im Hinblick auf die fehlende europäische Einigkeit bei diesem Thema?**

Erleichterung der Einbürgerung für Menschen, die in Deutschland ihren neuen Lebensmittelpunkt gefunden haben. Abschaffung des Dublin-Systems zugunsten einer solidarischen Regelung der Verantwortungsteilung. FRONTEX muss aufgelöst und durch eine staatlich-zivile EU-Seenotrettung ersetzt werden.

**Wie wollen Sie die Situation in der Altenpflege nachhaltig verbessern und gleichzeitig sicherstellen, dass die hieraus resultierenden Kosten am Ende finanzierbar bleiben – für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und für die Gesellschaft?**

Wir wollen 100.000 Pflegekräfte zusätzlich. Finanziert durch eine solidarische Pflegevollversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze, in die alle einzahlen, also auch Selbstständige und Bezieherinnen und Bezieher von Kapitaleinkommen.

**Wie muss ein Gesundheitssystem aussehen, das allen Menschen eine gute medizinische Versorgung garantiert – unabhängig vom Einkommen, vom Wohnort und vom Versicherungsstatus?**

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in öffentliche Hand. Mehr Ärzte und Krankenhäuser in ländlichen Regionen. Die Zweiklassenmedizin muss durch die Abschaffung der privaten Krankenversicherung beendet werden, stattdessen braucht es eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle entsprechend ihrer gesamten Einkünfte einzahlen.



## FILIZ POLAT/SVEN-CHRISTIAN KINDLER (DIE GRÜNEN)

\*11. Juli 1978 (Polat)/\*14. Februar 1985 (Kindler)

Wahlkreis Osnabrück-Land (Polat)/Hannover-Stadt II (Kindler)

Polat ist Volkswirtin. Landtagsabgeordnete von 2004 bis 2017, seitdem im Bundestag. Fraktionssprecherin für Migration/Integration. Kindler ist Betriebswirt, seit 2009 MdB und Fraktionssprecher für Haushaltspolitik.

### Wie wollen Sie Armut wirksam bekämpfen?

Für uns Grüne gehören Ökologie und Soziales zusammen. Wir wollen neben einer starken Klimapolitik vor allem die Armut in unserem Land bekämpfen. Wir wollen eine Garantiesicherung einführen und Hartz IV überwinden und in einem ersten Schritt die Regelsätze um 50 Euro anheben. [...] Wir wollen die Kinderarmut bekämpfen, und zwar durch die Einführung einer Kindergrundsicherung [...]. Wir wollen mehr Tariflöhne. [...] Auch das Rentenniveau wollen wir dauerhaft stabilisieren. [...]

### Wie wollen Sie die Kosten der Corona-Krise finanzieren und trotzdem sicherstellen, dass notwendige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und Infrastruktur realisiert werden können?

Angesichts der historisch niedrigen Zinsen ist es ökonomisch und finanzpolitisch richtig, dass [...] neue Schulden aufgenommen wurden und noch werden. [...] Nach der Coronapandemie darf es nicht zu einer Kaputtsparpolitik kommen. [...] Deutschland schiebt einen gewaltigen Investitionsstau vor sich her. [...] Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, einen großen Investitionsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro über zehn Jahre aufzulegen. [...]

### Was sind ihre wohnungspolitischen Ziele?

[...] Was es braucht, ist ein bundeseinheitliches Gesamtkonzept, das [...] gewährleistet, Mietobergrenzen im Bestand zu ermöglichen und die Mietpreisbremse [...] nachzuschärfen. [...] Zur Stabilisierung der Mieten braucht es außerdem mehr Neubau von preisgünstigem Wohnraum mit der Neuen Wohngemeinnützigkeit. [...] Wir werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen [...]. Die Kommunen werden wir unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und gemeinwohlorientierten Baugenossenschaften zu stärken [...]. Wir [...] wollen auch den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. [...]

### Wie wollen Sie sicherstellen, dass Klimaschutz immer auch die soziale Frage berücksichtigt?

[...] Bei Klimaschutzmaßnahmen muss der soziale Ausgleich mitgedacht werden, darum schlagen wir das Ener-

giegeld als Rückgabe für den CO<sub>2</sub>-Preis vor. [...] Auch beim CO<sub>2</sub>-Preis auf Öl und Gas wollen wir, dass die Kosten zwischen Mieter\*innen und Vermieter\*innen fair aufgeteilt werden, um Mieter\*innen zu entlasten. [...]

### Wie sollte Deutschland das Recht auf Asyl und ein modernes Einwanderungsrecht gestalten – auch mit Blick auf die fehlende europäische Einigkeit?

[...] Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz [...], das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft [...], das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet [...]. Grundsätzlich müssen Asylverfahren rechtssicher, fair und transparent gestaltet werden und die Entscheidung [...] zügig gefällt werden. [...] Deutschland muss in der europäischen Asylpolitik für Völker- und Menschenrechte einstehen, diese an den eigenen Außengrenzen einhalten und mit jenen Staaten vorangehen, die diese Pflichten ernst nehmen. [...]

### Wie wollen Sie die Situation in der Altenpflege verbessern und die Finanzierbarkeit sicherstellen – für Pflegebedürftige, Angehörige und für die Gesellschaft?

[...] Wir wollen die Eigenanteile mit einer doppelten Pflegegarantie dauerhaft und planbar deckeln und alle darüber hinausgehenden Kosten durch die Pflegeversicherung finanzieren. An der Finanzierung [...] sollen sich alle abhängig von ihrem Einkommen beteiligen. Um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern, braucht es mehr Lohn, Arbeitsschutz und Anerkennung, insbesondere aber auch mehr Kolleg\*innen und mehr Zeit. [...]

### Wie muss ein Gesundheitssystem aussehen, das allen Menschen eine gute Versorgung garantiert?

[...] Krankenhäuser sollen nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag gemeinsam durch Bund und Länder finanziert werden. Hausärztliche Versorgung und der Zugang zu Geburtshilfe und Notfallhilfen auf dem Land muss weiter gestärkt werden [...]. Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass die Zwei-Klassen-Medizin durch eine solidarisch finanzierte Bürger\*innenversicherung abgelöst wird. [...]

## KONSTRUKTIVER AUSTAUSCH, ABER DIE FINANZIELLEN SORGEN BLEIBEN

*Politisches Speed-Dating: Paritätischer Hannover und Werkstatt-Treff Mecklenheide fühlen Kandidat\*innen auf den Zahn. MP Stephan Weil ist auch dabei.*

„Paritätische Forderungen – Eiskalt serviert“: So lautete das Motto für die Veranstaltung, die der Paritätische Hannover gemeinsam mit seiner Mitgliedsorganisation, dem Werkstatt-Treff Mecklenheide e.V., auf dessen Hof direkt vor dem zugehörigen Sozialkaufhaus auf die Beine gestellt hatte. Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen aus Hannover konnten dort an einem Speed-Dating mit Fraktionsvorsitzenden aus dem Rat der Stadt Hannover und anderen Kommunalpolitiker\*innen teilnehmen.

Zu Beginn gab es erst einmal überraschte Gesichter, als Stephan Weil auf ein Grußwort vorbeikam. Der Ministerpräsident wurde mit warmem Applaus willkommen geheißen, machte sein Besuch doch die Bedeutung der anstehenden Kommunalwahl und der aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen deutlich.

Diese Herausforderungen schilderte der Geschäftsführer des Paritätischen Hannover, Georg Steimann, in seiner Begrüßung. Er brachte zum Ausdruck, was viele Mitgliedsorganisationen derzeit stark beschäftigt: die Sorge um Kürzungen im sozialen Bereich, verursacht durch die finanzielle Schneise, die Corona in die kommunalen Haushalte gerissen hat. „Wir wissen heute, dass vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende und von Armut und Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen die Verliererinnen und Verlierer dieser Pandemie sind“, sagte er. „Corona hat zu einer spürbaren Spaltung der Gesellschaft geführt, die durch das Kaputtsparen von niederschweligen sozialen Unterstützungsangeboten der freien Träger dramatisch verstärkt würde.“

Der Ministerpräsident berichtete danach in seiner Rede von einem Defizit in Milliardenhöhe, das Corona auf der Landesebene erzeugt hat, betonte aber, dass Einsparungen im sozialen Bereich ein völlig falscher Ansatz seien. Als ehemaliger Kämmerer der Landeshauptstadt Hannover habe er gelernt, dass es keinen Sinn macht, Strukturen zu zerstören, „die wir später noch dringend brauchen werden“.



Klare Botschaften: Georg Steimann vom Paritätischen Hannover (links) im Dialog mit Ministerpräsident Stephan Weil.

Für das Land Niedersachsen sagte der Ministerpräsident schließlich zu, dass es wegen der überwältigenden finanziellen Defizite in naher Zukunft zwar nicht mehr Geld für soziale Einrichtungen zum Verteilen geben werde, aber auch nicht weniger.

Nachdem sich der Ministerpräsident verabschiedet hatte, konnte das eigentliche Speed-Dating beginnen. An insgesamt sechs Gesprächsinseln, für jede demokratische Ratsfraktion eine, wurden die Gespräche aufgenommen. In den anschließenden Dialogen mit den Politiker\*innen hatten die Teilnehmer\*innen Gelegenheit, ihre Sorge um mögliche Einsparungen, aber auch andere aktuelle Anliegen loszuwerden. In den folgenden intensiven Gesprächen wurden Visitenkarten und Faltblätter ausgetauscht, Verabredungen getroffen und neue Kontakte geknüpft.

Am Ende waren alle mit der Veranstaltung sehr zufrieden – wohlwissend, dass die finanziellen Herausforderungen in der sozialen Arbeit noch lange nicht gelöst sind.

### BIANKA BRADLER

Kreisverbandsreferentin

Paritätischer Wohlfahrtsverband Hannover

[b.bradler@paritaetischer-hannover.de](mailto:b.bradler@paritaetischer-hannover.de)



Foto: John Schmoorich on Unsplash

## WAHLKAMPF DIGITAL – FLUCH ODER SEGEN?

*Welche Rolle spielen digitale Angebote und Kampagnen in Wahlkampfzeiten – und welche Einsichten lassen sich daraus auch für die Soziale Arbeit ableiten?*

Als Barack Obama in seinem ersten Wahlkampf um das Amt des US-Präsidenten im Jahr 2008 verstärkt auf neue Medien wie Facebook, YouTube und seine Homepage setzte, sprach man von einer Revolution der politischen Kampagnenarbeit und vom ersten „Internet President“. Ein neuer Kandidat mit neuen Ideen und neuen Medien – unter dem Hauptmotto „Change“ (Wandel) gelang Obama so nicht nur der Sieg, er transformierte auch traditionelle Wahlkämpfe. Mittlerweile kann der Einsatz sozialer Medien sogar Wahlausgänge entscheidend beeinflussen, so geschehen beispielsweise 2016 auf den Philippinen, als der Kandidat und spätere Wahlsieger Rodrigo Duterte Facebook mit Falschmeldungen zugunsten seiner Partei überzog. Grund genug, einen Blick auf das Thema digitaler Wahlkampf zu werfen: Welcher Methoden bedienen sich die Politiker\*innen und Parteien, warum tun sie dies, und welche Lehren, besonders auch für die Soziale Arbeit, können daraus gezogen werden?

Fest steht: Der digitale Wahlkampf hat sich auch in Deutschland durchgesetzt. Schätzungen zufolge haben

die großen deutschen Parteien im Jahr 2019 etwa drei Millionen Euro für Facebook-Werbung ausgegeben, die bis zu 240 Millionen Mal angesehen wurde. Doch was macht den digitalen Wahlkampf so attraktiv? Der offensichtlichste Vorteil liegt klar auf der Hand, und das nicht erst seit Corona: Statt dem langwierigen und viel Personal bindenden Wahlkampf von Haustür zu Haustür oder auf dem Wochenmarkt können per Homepage, Newsletter, Facebook und Co. in weitaus kürzerer Zeit und mit weit weniger Aufwand deutlich mehr Menschen erreicht werden. Dabei wird allerdings, etwa bei dem Einsatz von Homepage und Newsletter, vorausgesetzt, dass Interessent\*innen sich aktiv auf die Seite begeben beziehungsweise sich für den Newsletter anmelden.

Auch in den sozialen Medien werden durch regelmäßige Postings vor allem die „Fans“ angesprochen, also die Menschen, die etwa die Facebookseite einer Partei oder einer kandidierenden Person bereits selbst abonniert haben. Aufgrund der dahinterstehenden Algorithmen, die entscheiden, welche Beiträge bei den Nutzer\*innen

in welcher Reihenfolge erscheinen, werden meist Beiträge ausgewählt, die zu den bereits angegebenen Interessen und Meinungen passen. Ein SPD-Wähler wird also eher und mehrere Beiträge seiner Partei sehen, während eine CDU-Sympathisantin häufiger Postings der Partei ihrer Wahl angezeigt bekommt.

Doch soziale Medien wie Facebook bieten darüber hinaus Möglichkeiten, auch die Aufmerksamkeit von Menschen mit anderen Interessen zu gewinnen. Denn im Gegensatz „klassischen“ Medien oder Formaten wie Anzeigen in Zeitungen oder auf Plakaten bieten die sozialen Netzwerke für relativ geringe Kosten sehr zielgruppenspezifische Werbemöglichkeiten an. Mithilfe dieses so-

genannten Microtargetings kann so, für jedes einzelne Posting, eine ganz spezielle Gruppe von Menschen angesprochen werden. Je nach frei wählbaren Kriterien wie Alter, Geschlecht, sozialer Status, sexueller Orientierung, Wohnort, Hobbys und vieler weiterer Faktoren kann der oder die Sender\*in die Gruppe der Empfänger\*innen so nach Belieben fein justieren und auch die Botschaft jeweils anpassen. Ob sich das lohnt? Rund 32 Millionen Menschen in Deutschland haben Facebook zufolge ein Konto bei dem sozialen Netzwerk, und je nachdem, wie viele Daten diese von sich preisgeben (nicht umsonst sind persönliche Daten die wichtigste Währung für Facebook), können sie auf die ein oder andere Weise in ihrem täglichen Nachrichtenupdate mit dieser Form von personalisierter Wahlwerbung erreicht werden.

Doch auch abseits der politischen Bühne haben digitale Medien und soziale Netzwerke immer mehr an Bedeutung gewonnen, sei es als primäre Nachrichtenquelle, Servicedienstleistung oder Kommunikationsmittel, besonders in Pandemiezeiten. Personalisierte Werbung ist daher auch für soziale Einrichtungen und Angebote eine gute und relativ preiswerte Methode, potenzielle Kund\*innen und Klient\*innen anzusprechen. Mithilfe des Microtargetings lassen sich so beispielweise gezielt Personen Ihrer Region und mit passenden Interessen wie „ehrenamtliches Engagement“, „Beratung“ oder „Ambulante Pflege“ ansprechen. So zeigen Sie Ihre Einrichtung, Ihren Service oder Ihre Werbung, direkt den Personen, die Sie als neue Mitglieder oder Kund\*innen gewinnen möchten, und halten die Streuverluste entsprechend gering.

Auch der Paritätische Niedersachsen nutzt Soziale Medien zur Kommunikation nicht nur mit Mitarbeitenden und Mitgliedern, sondern auch für Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit, wie jüngst im Rahmen unserer Kampagne zur Kommunalwahl 2021: Die Postings und Motive der Kampagne sind auf unserer Facebookseite [www.facebook.com/paritaetischer](https://www.facebook.com/paritaetischer) zu sehen.



**ANIKA FALKE**

Referentin für Presse und Kommunikation  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
[anika.falke@paritaetischer.de](mailto:anika.falke@paritaetischer.de)  
[www.paritaetischer.de](https://www.paritaetischer.de)

### TIPPS FÜR NEUTRALE INFORMATIONEN IN WAHLKAMPFZEITEN

Ein Klassiker für Informationen vor Wahlen und zur Entscheidungshilfe ist der **Wahl-O-Mat** der Bundeszentrale für politische Bildung. Nutzer\*innen können seit 2002 politische Thesen bewerten, die Antworten werden mit den Parteiprogrammen abgeglichen. Der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl steht ab dem 2. September auf [www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat](https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat) zur Verfügung.

Einen informativen und barrierefreundlichen Überblick zur Kommunalwahl 2021 bietet die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung: Auf [www.kommunalwahl-nds.de](https://www.kommunalwahl-nds.de) werden von „Darf ich in der Wahlkabine ein Selfie machen?“ bis „Dürfen Häftlinge wählen?“ zahlreiche Fragen zum Ablauf der Wahl beantwortet – auch in einfacher Sprache!

Sie haben eine Frage an die Spitzenkandidat\*innen Ihres Wahlkreises? Das Portal [abgeordnetenwatch.de](https://abgeordnetenwatch.de) hat dafür ein Portal zur Bundestagswahl eingerichtet. Auf [www.abgeordnetenwatch.de/bundestag](https://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag) können Sie die Kandidat\*innen Ihres Wahlkreises direkt befragen – eine Antwortgarantie gibt es allerdings nicht.

Gerade in Wahlkampfzeiten machen Gerüchte und Falschmeldungen schnell die Runde – doch woran erkennt man „Fake News“? Auf [faktencheck.afp.com/list/all/all/38641/all/tid-38641](https://faktencheck.afp.com/list/all/all/38641/all/tid-38641) überprüfen Journalist\*innen der Nachrichtenagentur AFP besonders schlagzeilenträchtige Nachrichten zur Bundestagswahl auf ihren Wahrheitsgehalt.

# NACHRICHTEN





Und los geht's: Minister Olaf Lies startet das Portal adira.de

## ADIRA.DE: MINISTER OLAF LIES SCHALTET ONLINE-PORTAL FÜR BARRIEREFREIEN WOHNRAUM FREI

*Der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. hat ein neues, bundesweit einmaliges Angebot für Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht.*

Olaf Lies, Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, hatte am 22. Juni 2021 die ehrenvolle Aufgabe, den Buzzer für adira.de zu betätigen und damit die brandneue Internetseite freizuschalten. „Die Plattform adira.de ist in dieser Form wohl bundesweit einmalig und eine bemerkenswerte Initiative: Was die Initiatoren hier auf die Beine gestellt haben, bedient den Bedarf von Mieter\*innen, die barrierefreie Wohnungen suchen. Denn hier sind die Informationsangebote offenbar bisher unzureichend. Und sie bedient den Bedarf der Vermieter\*innen, denn auch hier gibt bisher nur ein ebenso wenig ausreichendes Angebot an Präsentati-

onsmöglichkeiten für barrierefreie Wohnungen“, so Bauminister Olaf Lies bei der Freigabe.

Zu der Veranstaltung hatte der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. (BVN) als Initiator der Plattform den Bauminister, die beteiligten Verbände und Beiratsmitglieder – den Verband der Wohnungswirtschaft VdW, die Landesbehindertenbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, den SoVD und Meravis – den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter, Hannover United sowie die Presse in seine Geschäftsstelle in Hannover Kirchrode geladen.

In seiner Ansprache erinnerte BVN-Geschäftsführer Hans-Werner Lange daran, wie die Idee zu der Internetseite entstand: „2019 erarbeitete eine Arbeitsgruppe von Vertreter\*innen verschiedener Sozial- und Behindertenverbände, der Wohnungswirtschaft und des Bauministeriums die Neugestaltung des §49 NBauO. Bei der Erörterung zum Thema ‚barrierefreier Wohnraum‘ wurde deutlich, dass Menschen mit Behinderungen es schwer haben, barrierefreie Wohnungen zu finden.“ Andererseits, so Lange, beklagten Vermieter\*innen, dass sich auf ihre z.B. rollstuhlgerechten Angebote wenig Interessent\*innen meldeten. Als entscheidender Grund für dieses Dilemma wurde das Fehlen einer geeigneten Angebotsplattform ausgemacht.

Diese hat der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. mithilfe einer Förderung der Aktion Mensch Stiftung, mit der Expertise von Menschen unterschiedlicher Behinderungsarten und zusammen mit der Wohnungswirtschaft sowie mit mehreren engagierten Agenturen umgesetzt. „Jetzt ist es an der Angebotsseite, möglichst viele, am besten alle, barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen über adira.de zu veröffentlichen“, machte Hans-Werner Lange deutlich. Nur so könne die Plattform zu einem Erfolg und Menschen mit Behinderungen die Suche nach Wohnraum erleichtert werden.

Wie sehr diese Internetseite erwartet wird, machten auch die Beiratsmitglieder deutlich. Sandra Stein als Vertreterin für die Landesbehindertenbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Petra Wontorra, betonte, dass die Plattform eine entscheidende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage schließe: „Sie ist ein wichtiger Schritt für Teilhabe und Inklusion.“ Der Geschäftsführer des SoVD, Dirk Swinke, sicherte adira.de die aktive Unterstützung seines Verbandes zu, denn: „Die Plattform wird dazu beitragen, dass Barrierefreiheit immer selbstverständlicher wird. Nur das kann unser Ziel sein.“ Auch Matthias Herter verwies für Meravis darauf, dass die Plattform Barrierefreiheit in den Fokus rücke: „Wir haben bereits in den siebziger Jahren begonnen, barrierefrei zu bauen. Diese

Website vernetzt uns jetzt mit denen, die diesen Wohnraum benötigen.“

Minister Lies hob abschließend das Zusammenwirken von Sozial- und Immobilienwirtschaft hervor: „Initiativen wie diese, bei denen sich viele starke Partner



Freuen sich über den Start von adira.de (von links): Sandra Stein, Referentin der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Sarah Leuniger, Referentin Verband der Wohnungswirtschaft, Dirk Swinke, Geschäftsführer SoVD Niedersachsen, Olaf Lies, Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Hans-Werner Lange, Geschäftsführer BVN sowie Matthias Herter, Geschäftsführer meravis.

zusammen tun, um wirklich etwas zu bewegen, zeichnen unseren Weg in Niedersachsen auch im Bau- und Wohnungssektor aus. Gemeinsam bewegen wir hier mehr.“

### JOCHEN BARTLING

Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V.

[www.blindenverband.org](http://www.blindenverband.org)

### DAS IST ADIRA.DE

adira.de ist die erste Wohnungsplattform dieser Art und bietet Rollstuhlfahrenden, aber auch Wohnungssuchenden mit anderen Behinderungsarten die Möglichkeit, gezielt nach barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen zu suchen. Vermieter\*innen können bei adira.de ausschließlich ihre rollstuhlgerechten oder barrierefreien Wohnungsangebote einstellen – das aber kostenlos. Mehr Informationen finden Sie auf [www.adira.de](http://www.adira.de)



Von einer Baufirma gespendete Gehwegplatten werden im Schullandheim Bissel von Vorstandmitgliedern in Eigenarbeit verlegt, von links: Uwe Mokros (Vorsitzender), Willy Robbers (Hausmeister), Sabine Bley und Patrick Kramer (Vorstand).

## WIE DIE SCHULLANDHEIME DIE CORONA-KRISE BEWÄLTIGEN

*In Niedersachsen sind 14 Häuser Mitglied im Fachbereich Schullandheime des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., hinzu kommt die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Schullandheime e.V., unter deren Dach noch zwei weitere Schullandheime aktiv sind. Mit ihren Projekten insbesondere zur Umweltbildung ergänzen sie seit vielen Jahrzehnten das öffentliche schulische Bildungsangebot. Vier von ihnen sind vom niedersächsischen Kultusministerium anerkannte außerschulische Lernorte für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).*

Die wirtschaftliche Situation der in der Hauptsache von Vereinen getragenen Häuser ist zwar unterschiedlich, oft „auf Kante genäht“, aber immer relativ stabil gewesen. Das hat sich mit dem Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 schlagartig verändert: Durch das vom Kultusministerium im April 2020 erlassene Verbot von Schulfahrten und das im Rahmen der Corona-Verordnungen angeordnete Beherbergungsverbot (beides wurde erst Mitte 2021 aufgehoben) wurde den Schullandheimen ihre Existenzgrundlage entzogen und die in der Hauptsache ehrenamtlich verwalteten Häuser standen vor der Frage, wie es überhaupt weitergehen könne. Ein solch totaler Einnahmeausfall konnte aus eigener Kraft nicht kompensiert werden. Mithilfe der Liquiditätssoforthilfen von Land und Bund konnten die ersten Monate bis zu den Sommerferien 2020 überbrückt werden. Mit den Beschäftigten wurde Kurzarbeit vereinbart, leider gab es auch einige Entlassungen. Vom ersten Bundeshilfspro-

gramm konnten aufgrund der Bedingungen nur wenige Häuser profitieren, zwei Häuser hatten unmittelbar zu Beginn der Krise sehr erfolgreiche Spendenaktionen gestartet.

Von entscheidender Bedeutung war, dass es in letzter Minute gelang, auch die Schullandheime in das Corona-Sonderprogramm für Jugend- und Familienbildung des niedersächsischen Sozialministeriums einzubeziehen. Dieser Erfolg ist den gemeinsamen Anstrengungen des Fachbereichs Schullandheime des Paritätischen Niedersachsen und der AG Nds. Schullandheime zu verdanken, insbesondere auch dem Einsatz der zu diesem Zeitpunkt noch Vorsitzenden des Paritätischen, Birgit Eckhard, die persönlich bei den zuständigen Minister\*innen intervenierte. Vorab hatten die Schullandheime bereits die Öffentlichkeit mobilisiert, Politiker\*innen informiert und es wurden Gespräche mit Referent\*innen des nieder-

sächsischen Kultus- und Sozialministeriums geführt. So gelang es, den Entscheidungsträger\*innen die Bedeutung der Schullandheime als außerschulisches Bildungsangebot und ihre existenzbedrohende Lage zu verdeutlichen. Der Druck war dann offensichtlich so groß, dass auch unsere Häuser antragsberechtigt wurden. Als klar wurde, dass die Pandemie nicht im Herbst 2020 beendet war, wurden die Hilfsprogramme auf Landes- und auf Bundesebene bis Herbst 2021 verlängert, letzteres wurde nun auch den besonderen Bedürfnissen der Schullandheime angepasst. Diese Programme waren die Grundlage für das Überleben unserer Häuser.

Es ist gespenstisch, wenn Schullandheime, die normalerweise von Kindern und Jugendlichen mit Leben gefüllt sind, plötzlich auf Dauer leer stehen. In wenigen Fällen gelang es, die Räumlichkeiten zeitweise anderen sozialen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, doch die meisten Häuser standen einfach leer. Nach einem kurzen Schock wurden die Ehrenamtlichen und Angestellten aktiv, sanierten und renovierten teils in Eigenarbeit und entwickelten Hygienekonzepte. Investitionen für zusätzliche Hygienemaßnahmen wurden aus den staatlichen Hilfsprogrammen finanziert, aber angesichts fehlender Eigenmittel mussten für die Sanierungen auch andere Quellen wie Sponsoren, Spendenaktionen und Förderanträge erschlossen werden, nicht zuletzt halfen auch Beihilfen des Paritätischen.

Gegenwärtig gibt es in den Häusern schon wieder erste Belegungen. Einige Schulen planen bereits Aufenthalte, etliche sind noch zögerlich. Das ist verständlich bei der immer noch unsicheren Perspektive. Die Schullandheime haben entsprechende Hygienekonzepte ausgearbeitet und gewährleisten somit einen sicheren Aufenthalt. Nach Auslaufen der staatlichen Hilfsprogramme im Herbst wird es darauf ankommen, ob im Jahr 2022 wieder genügend Gäste kommen, um einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb zu gewährleisten. Gerade nach den erheblichen Einschränkungen des Schulbetriebs kann ein Schullandheimaufenthalt sehr hilfreich sein, nicht nur, um entstandene Lerndefizite auszugleichen. Noch bedeutender erscheint die Möglichkeit, den zum Teil notwendigen Neufindungsprozess einer Klassengemeinschaft zu unterstützen und die Entwicklung der sozialen Beziehungen untereinander zu fördern. Das gilt ebenso für Kinder- und Jugendgruppen jeglicher Art, die ebenfalls in den Schullandheimen herzlich willkommen sind.



**HEIKO PANNEMANN**

Sprecher des Fachbereichs Schullandheime im Paritätischen Niedersachsen  
Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Schullandheime e.V.  
[www.schullandheime-niedersachsen.de](http://www.schullandheime-niedersachsen.de)

### NEUSTART FÜR DIE DJH JUGENDHERBERGEN

Eine lange, harte Zeit mit enormen finanziellen Einbußen liegt hinter den Jugendherbergen des Deutschen Jugendherbergswerks, doch nun ist endlich Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Nachdem die Häuser von März 2020 bis Mai 2021 aufgrund der Pandemie komplett geschlossen waren oder nur mit sehr reduzierter Auslastung Gäste aufnehmen durften, heißen viele Jugendherbergen, z.B. an den Standorten Goslar, Torfhaus, Lüneburg, Göttingen, Hildesheim, Braunschweig, Hannover und Mardorf am Steinhuder Meer, seit dem 20. Mai nun wieder Gäste willkommen. Im Laufe des Jahres werden weitere Standorte ihre Tore öffnen. Eine Zeit lang waren ausschließlich dienstlich begründete Übernachtungen erlaubt, nun freuen sich die Jugendherbergen sehr, wieder allen Zielgruppen eine unvergessliche Zeit ganz nach ihrem Motto „Gemeinschaft erleben“ bereiten zu dürfen:

Klassenfahrten, Tagungen, Gruppenreisen und Familienurlaub – das alles ist in den Jugendherbergen wieder möglich. Unverzichtbar ist hierbei natürlich ein ausgefeiltes Hygienekonzept, das allen Beteiligten Sicherheit verschafft und für einen entspannten Aufenthalt sorgt. Hinzu kommen flexible Stornobedingungen, die den Gästen ein minimiertes Buchungsrisiko bieten. Weitere Informationen sind telefonisch unter: (05 11) – 99 99 84 84 erhältlich oder per Mail an [service-djhannover@jugendherberge.de](mailto:service-djhannover@jugendherberge.de)



**KATHARINA LASTOWSKI**

Marketing/PR  
DJH Landesverband Hannover e.V.  
[www.djh-niedersachsen.de](http://www.djh-niedersachsen.de)

## NKITAG VERABSCHIEDET – WIE GEHT ES WEITER?

Das neue niedersächsische Kita Gesetz (NKiTaG) wurde am 13. Juli 2021 veröffentlicht. Es umfasst auf zwölf Seiten 41 Paragraphen, ist schwer verständlich formuliert und fordert die Leser\*innen mit zahlreichen Querverweisen. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 4. Oktober 2021 möchten wir unseren Mitgliedern die Änderungen vorstellen, Fragen aufgreifen und Inhalte diskutieren.

Bis zum Schluss haben wir versucht, Verbesserungen zu erreichen. Die geforderte Erhöhung der Verfügungs- und Freistellungszeiten, das Recht auf einen Integrationsplatz und die verbindliche und refinanzierte Fachberatung wurden leider aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt. Das Fachkräftegebot wurde gelockert, beispielsweise werden Heilerziehungspfleger\*innen mit Erzieher\*innen fachlich gleichgestellt und können dadurch sowohl eine Gruppe als auch eine Kita leiten. Erreicht haben wir immerhin bedeutsame Schritte in die Richtung Qualitätsverbesserungen:

1. Stufenweise Einführung der dritten Kraft in Kindergartengruppen ab 2024.
2. Revisionsklausel, d.h. die Auswirkungen des NKiTaG werden bis 31.07.2026 überprüft.
3. Auch in den Randzeiten müssen zukünftig zwei Fachkräfte eingesetzt werden.
4. Staatlich anerkannte Kindheitspädagog\*innen werden als pädagogische Fachkräfte anerkannt.
5. Die Kindertagespflege ist ins Gesetz aufgenommen worden.

Dieses Jahr sind Kommunalwahlen und nächstes Jahr Landtagswahlen: Im Wahlkampf werden wir die Qualität in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege mit den nötigen Verbesserungen platzieren. Und auch Sie können sich weiterhin für Kitas stark machen. Sprechen Sie Ihre Kommunalpolitiker\*innen vor Ort an: Jede Kommune verhandelt mit den Kita-Trägern über die Betriebskosten und das Gesetz formuliert Mindestanforderungen. Daher ist es sinnvoll, die Politiker\*innen auf die dritte Fachkraft für Kindergartengruppen und die weiteren Forderungen anzusprechen.

Aktuell ist die Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (DVO-NKiTaG) in der Verbandsbeteiligung. Sie regelt wichtige Standards wie Raumgröße, Außenanlagen und Integration. Über die Landesarbeitsge-

meinschaft der freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) haben wir bei der Stellungnahme zum Entwurf der neuen DVO, die die bisherigen zwei Verordnungen zusammenfassen wird, mitgewirkt. Leider enthält der Entwurf keine Verbesserungen. Er regelt allerdings die Integration in Krippen und Horten, was bisher noch fehlte. Der Entwurf enthält für die Kommunen einige „Flexibilisierungen“, z.B. bei der Nutzung von Ruheräumen für Krippengruppen. Das bedeutet allerdings für Kinder und pädagogische Fachkräfte eine Verringerung des Raumangebots, d.h. weniger Platz für Kinder und ihre Bedürfnisse. Wir bleiben auch beim Entwurf der DVO dran und informieren Sie über das Ergebnis. An dieser Stelle noch einmal vielen Dank für Ihr Engagement! Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass die Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen bessere Rahmenbedingungen benötigen und werden uns mit Ihnen für entsprechende Verbesserungen einsetzen.



**ILKA MASERKOPF**

Fachberaterin Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

[ilka.maserkopf@paritaetischer.de](mailto:ilka.maserkopf@paritaetischer.de)

### ACHTUNG REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe 4/2021 des Parität Report ist am

**Montag, 08. November 2021**

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe an [report@paritaetischer.de](mailto:report@paritaetischer.de)

## VdK-LANDESVERBANDSTAG STELLT SOZIALPOLITISCHE WEICHEN

Mit einer feierlichen Abschlussveranstaltung ging der 18. Ordentliche Landesverbandstag des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen am 23. Juni 2021 in Hannover zu Ende.



VdK-Presskonferenz mit Geschäftsführer Holger Grond, VdK-Präsidentin Verena Bentele und dem VdK-Landesverbandsvorsitzenden Friedrich Stubbe.

VdK-Präsidentin Verena Bentele sprach dabei von einer großen Signalwirkung für das gesamte Bundesland: „Wir sind da, der VdK wird auch in Zukunft Veranstaltungen durchführen, beraten und dem Ehrenamt viele Möglichkeiten bieten, sich zu engagieren. Der persönliche Kontakt zwischen den Menschen – das ist es, was unseren VdK trägt.“ Nach einem langen Corona-Jahr voller Einschränkungen nutzt der VdK nun den Landesverbandstag als Startschuss, um im Ehrenamt und auch in den VdK-Geschäftsstellen wieder persönliche Begegnungen und Beratungen zu ermöglichen – selbstverständlich unter den geltenden Hygienebestimmungen. Landesverbandsvorsitzender Friedrich Stubbe verwies auf die Sozialrechtsschutzbilanz der vergangenen fünf Jahre, in denen der Verband rund 42 Millionen Euro Nachzahlungen für die Mitglieder erwirkt hat (siehe Kasten). Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte bezeichnete in seinem Grußwort die lauten Zwischenrufe des VdK als extrem wichtig. „Wenn sich mehr als 96.000 Mitglieder für soziale Gerechtigkeit einsetzen, dann hat das Schlagkraft.“

Unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle“ stellte der VdK zudem sozialpolitische Forderungen und entsprechende Lösungen zu den Themen Alterssicherung und Armut, Behinderung und Barrierefreiheit, Gesund-

heit und Pflege, Unfallversicherung sowie Bürgerschaftliches Engagement vor. Diese gibt der Verband der Politik als Impulse für dringend notwendige Verbesserungen an die Hand. In der abschließenden Pressekonferenz verwies auch VdK-Präsidentin Verena Bentele auf die wichtige Aufgabe des VdK, der Politik stets kritisch auf die Finger zu schauen und sich entsprechend einzumischen. „Der VdK wird auch weiterhin die zentrale Bewegung für soziale Gerechtigkeit sein.“ Die Frage, wie Deutschland zu einem fairen und guten Sozialstaat werden könne, beantwortete sie mit der VdK-Forderung nach einer Sozialversicherung für alle Beschäftigten. „Nur so werden sie vernünftig abgesichert für das Alter und gegen Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Unfall oder Arbeitslosigkeit“, erklärte Bentele.

### CHRISTINA DIEKMANN

Leiterin Abteilung Presse- & Öffentlichkeitsarbeit  
Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.

[www.vdk.de/niedersachsen-bremen](http://www.vdk.de/niedersachsen-bremen)

### RUND 42 MILLIONEN FÜR MITGLIEDER ERSTRITTEN

Leistungen und Nachzahlungen von knapp 42 Millionen Euro hat der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen in den Jahren 2016 bis 2020 durchgesetzt – Geld, das den Mitgliedern per Gesetz eigentlich sofort zugestanden hätte. In den vergangenen fünf Jahren wurden allein vor den Sozialgerichten über 6000 Verfahren geführt. Zusammen mit zusätzlichen Antrags- und Widerspruchsverfahren ergibt sich eine Streitsumme von knapp 42 Millionen Euro bei insgesamt 54.733 durchgeführten Verfahren. Allein bei der Rentenversicherung wurden in den letzten fünf Jahren fast 34 Millionen Euro Nachzahlungen erwirkt, dies umfasst zu einem sehr großen Teil rückwirkende Bewilligungen von Erwerbsminderungsrenten.

## DAS BUDGET FÜR ARBEIT – EIN GEWINN FÜR ALLE

Ein Mitarbeiter der obw hat durch das Budget für Arbeit einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten.

Hermann Flessner hat es geschafft: Er arbeitet wieder in seinem erlernten Beruf als Tischler auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das ist schon etwas Besonderes, denn nach einer schweren Krise suchte er im August 2018 Stabilität und Struktur im Berufsbildungsbereich der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (obw). Dort bietet die obw besonders Menschen mit einer psychischer Erkrankung Arbeitsplätze an, um einen individuellen (Wieder)Einstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen. „Es hat anfangs etwas gedauert, eine Vertrauensbasis aufzubauen“ erzählt Integrationsbegleiterin Wiebke Schobert. Der Traum, wieder in seinem Beruf zu arbeiten, schien dem gelernten Tischler lange nicht möglich und er wollte schon auf einen Arbeitsplatz in der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) wechseln. Kurz vorher hatte er ein Praktikum in einer anderen Tischlerei wieder abgebrochen, als er dann plötzlich seine Integrationsbegleiterin darum bat, ihn zu einem Vorstellungsgespräch zu begleiten.

Hermann Flessner hatte aus eigener Initiative heraus bei der Firma Siebels & Rewerts angerufen, weil dort eine Stelle als Tischler ausgeschrieben war. „Und genau das“, meint Wiebke Schobert, „war wohl wichtig für ihn, dass er es selber schafft, sich eine Arbeit zu suchen.“ Die Einladung zum Vorstellungsgespräch erhielt er, obwohl er seine Probleme und Herausforderungen ganz offen angesprochen hatte. Die Tischlerei Siebels & Rewerts gab ihm eine Chance, und seine neuen Vorgesetzten merkten schnell, dass er nicht nur ein großes Fachwissen, sondern auch viel Geschick mitbringt. Im November 2020 wechselte Flessner dann auf einen sogenannten „betriebsintegrierten Arbeitsplatz“ zu der Tischlerei. Dabei wird durch die Integrationsbegleitung der obw der Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt professionell vorbereitet und begleitet.

Im März 2021 erhielt Hermann Flessner zunächst für zwei Jahre eine Bewilligung für das Budget für Arbeit. Damit erhalten Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt (§ 61 SGB IX). Der Arbeitgeber erhält dafür einen Lohnkostenzuschuss sowie die erforderlichen Assistenzleistungen, in diesem Fall durch die Integrationsbegleiter\*innen der obw. Das Budget für Arbeit ist so ein Gewinn für alle Beteiligten. Hermann Flessner kann wieder in seinem erlernten Beruf arbeiten und erhält den gleichen Lohn wie seine Kolleg\*innen, die Tischlerei Siebels & Rewerts erhält neben einem guten Facharbeiter auch einen Lohnkostenzuschuss. „Mit dem Budget für Arbeit kann ich mich jetzt auch weiterhin auf die Unterstützung und Begleitung durch Frau Schobert verlassen, das ist mir sehr wichtig. Ich bin auch sehr dankbar, dass ich diese Chance von der Firma Siebels & Rewerts erhalten habe, hier fühle ich mich wohl“ meint Hermann Flessner. Auch sein Vorgesetzter Herald Rewerts ist froh: „Hermann kommt immer gut mit seinen Kollegen zurecht und wie die Kund\*innen sind auch wir mit seiner Arbeit immer sehr zufrieden.“



Erfolgreiche Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt, von links: Integrationsbegleiterin Wiebke Schobert, Hermann Flessner und Herald Rewerts.

Für die obw ist es bereits das siebte Budget für Arbeit, dass sie einem Menschen mit einer Beeinträchtigung ermöglichen konnten. Das Besondere bei diesem Fall ist, dass es sich hier nicht um einen Nischenarbeitsplatz handelt, sondern es ist ein richtiger Arbeitsplatz der auch eine entsprechende Ausbildung voraussetzt.

Für die obw ist es bereits das siebte Budget für Arbeit, dass sie einem Menschen mit einer Beeinträchtigung ermöglichen konnten. Das Besondere bei diesem Fall ist, dass es sich hier nicht um einen Nischenarbeitsplatz handelt, sondern es ist ein richtiger Arbeitsplatz der auch eine entsprechende Ausbildung voraussetzt.

### MIRIAM SCHMIDT

Unternehmenskommunikation  
Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH  
[www.obw-emen.de](http://www.obw-emen.de)

## „KÖNNEN BESSER SPRACHROHR SEIN“

Lebenshilfe Niedersachsen stärkt mit Verbandsentwicklung die Rolle der Selbstvertreter\*innen



Freuen sich über die Stärkung der Selbstvertreter\*innen: Frank Franke und Monika Blaszyński, Vorstandsmitglieder der Lebenshilfe Niedersachsen.

Einstimmig haben die Mitglieder der Lebenshilfe Niedersachsen auf ihrer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 10. Juli 2021 in Celle für eine Stärkung der Position der Selbstvertreter\*innen im Verband gestimmt. „Es ist gut, wenn die Rechte von uns gestärkt werden und wir mehr mitbestimmen können“, sagt das Vorstandsmitglied Monika Blaszyński. Frank Franke, ebenfalls Vorstandsmitglied, ergänzt: „Ich finde gut, dass

nun Menschen mit Beeinträchtigungen direkt in den Fachausschüssen und Expertengruppen mitarbeiten. So können wir besser Sprachrohr sein für andere Menschen mit Beeinträchtigungen.“ Menschen mit Beeinträchtigung und Eltern waren schon bisher in die Arbeit der Lebenshilfe Niedersachsen stark eingebunden. Seit Jahrzehnten organisieren sie ihre Arbeit in Ausschüssen. Diese werden nun in Beiräte umbenannt. Sie können Personen für die Wahl in den Landesvorstand der Mitgliederversammlung vorschlagen. Außerdem haben sie das Recht, Themen in den Vorstand einzubringen. In den Fachausschüssen und den neuen Expert\*innengruppen wirken sie direkt mit.

### FRANK STEINSIEK

Geschäftsführer  
Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V.  
[www.lebenshilfe-nds.de](http://www.lebenshilfe-nds.de)

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen

**SOVD**

Wie groß ist dein  
**ARMUTS  
SCHATTEN**

Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind davon betroffen. Um etwas dagegen zu tun, muss die Politik endlich handeln. Mit unserer Kampagne weisen wir auf das Problem hin und machen die Gefährdung sichtbar. Denn: Betroffene brauchen dringend unsere Unterstützung.

[www.armutsschatten.de](http://www.armutsschatten.de)

# PANORAMA UND SERVICE





Birgit Eckhardt.

## „SIE SIND DURCH UND DURCH PARITÄTERIN“

Mit einem Festakt hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. am 25. Juni seine Vorsitzende Birgit Eckhardt in den Ruhestand verabschiedet. Birgit Eckhardt war seit 1997 im Verband tätig und gehörte seit 2013 dem Vorstand an – zunächst als Stellvertretende Vorsitzende, ab 2015 dann als Vorsitzende des Paritätischen.

Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Abschiedsfeier in einem begrenzten Rahmen statt. Rund 90 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft und von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen verabschiedeten die Vorsitzende, die ihren Ruhestand zum 1. Juli antrat, im Hannover Congress Centrum (HCC).

Ministerpräsident Stephan Weil bedankte sich mit einer Videobotschaft bei Birgit Eckhardt und betonte: „Was mir immer besonders gut gefallen hat an Ihrer Arbeit ist das ganz klare Verständnis, wie eigentlich eine Gesellschaft funktionieren sollte, dass wir zusammenhalten müssen, dass Spalter\*innen keine Chance haben dürfen und dass wir miteinander auch immer wieder für Demokratie eintreten müssen.“ Weil attestierte Birgit Eckhardt, diese Werte „in vielen Jahren harter Arbeit“ stets hochgehalten zu haben, auch dank ihrer klaren Haltung seien sich Land

und Freie Wohlfahrt in diesen Punkten „stets als verlässliche, wechselseitige Partner\*innen begegnet.“

Der Landesminister für Umwelt und Bauen, Olaf Lies, glaubt nicht daran, dass Birgit Eckhardt der Freien Wohlfahrt ganz den Rücken kehrt: „Jemand, der sich so lange, so intensiv für den sozialen Zusammenhalt eingesetzt hat, dem das Miteinander in der Gesellschaft wichtig ist, der wird natürlich nicht aus einem Beruf ausscheiden und das Thema vergessen, der wird weiter intensiv an der Sache arbeiten.“ Staatssekretär Heiger Scholz aus dem Sozialministerium grüßte ebenfalls per Videobotschaft und berichtete von gemeinsamen Treffen: „Ich erinnere mich daran, dass Sie sagen: Ich hab’ mir da was aufgeschrieben. Und dann gab es Anregungen, dann gab es Mahnungen. Wir haben Verabredungen getroffen, wir haben auch über Bande gespielt. Auch das ist im Zusam-



Birgit Eckhardt mit Dr. Ulrich Schneider vom Paritätischen Gesamtverband.



Rainer Flinks, Vorstand Wirtschaft und Finanzen des Paritätischen Niedersachsen, bei seiner Rede zum Abschied von Birgit Eckhardt.



Birgit Eckhardt bei ihrer Abschiedsrede im HCC.

menspiel zwischen Ministerium und Freier Wohlfahrt ganz wichtig.“

Viele Weggefährt\*innen verabschiedeten Birgit Eckhardt und gaben in ihren Grüßen Einblicke in die gemeinsame Vergangenheit. Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands überreichte Birgit Eckhardt zum Ende ihrer Vorstandstätigkeit eine besondere Auszeichnung – die Ehrenurkunde des Gesamtverbands. „Sie tragen den Verband im Herzen, Sie leben das Miteinander“, sagte Schneider bei der Verleihung. „Sie sind durch und durch Paritäterin.“

Die Verbandsratsvorsitzenden des Paritätischen, Ulla Klapproth und Kurt Spannig, betonten, dass der Paritätische unter Birgit Eckhardt einen stetigen Zuwachs bei den Mitgliedsorganisationen verzeichnen konnte, „ge-

gen den allgemeinen gesellschaftlichen Trend“. Sie hoben wie auch Birgit Eckhardts Vorstandskollege Rainer Flinks hervor, dass die engagierte Juristin den Verband und die Freie Wohlfahrt in Niedersachsen in den vergangenen Jahren maßgeblich geprägt hat – oft als einzige Frau unter Männern. Birgit Eckhardt selbst verabschiedete sich wortwörtlich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. „Ich gehe mit Wehmut“, sagte sie. „Aber ich freue mich auf mehr Zeit mit meiner Familie.“



**UWE KREUZER**

Referent für Grundsatzfragen  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
[uwe.kreuzer@paritaetischer.de](mailto:uwe.kreuzer@paritaetischer.de)



2008 gegründet, ist die Klinik am Kronsberg mit 80 Plätzen heute die größte Sucht-Reha-Einrichtung Niedersachsens in freier Trägerschaft.

## SCHRITTE IN DIE ZUKUNFT - SEIT 50 JAHREN

*Fünf Jahrzehnte Suchthilfe in Niedersachsen: Ein gemeinsamer Weg vieler engagierter Menschen – über die Jahrzehnte vereinten sich immer mehr von ihnen unter dem Dach der STEP. Mit über 500 Mitarbeiter\*innen an 39 Standorten ist die STEP heute einer der größten Träger von Sucht- und Jugendhilfeeinrichtungen des Bundeslands. Ihre Aufgaben damals wie heute: Verstehen, welche Hilfe benötigt wird – und helfen.*

„Es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die es ankommt, zu jeder Zeit“, sagt Serdar Saris, Geschäftsführer der STEP Niedersachsen gGmbH, einer Tochtergesellschaft des Paritätischen Niedersachsen. „Die Rahmenbedingungen änderten sich teilweise wöchentlich, dabei haben wir unsere Angebote ausgesprochen stabil halten können“, sagt Saris. Und das von Beginn an: 1971 war das Jahr, in dem in Hannover die ersten professionellen Angebote für Menschen mit Drogenproblemen bereitgestellt wurden. Es war das Gründungsjahr des Vereins „Hilfe für Drogengefährdete e.V.“, der später STEP heißen sollte. Zeitgleich wurden in Hannover weitere Einrichtungen gegründet, darunter die erste Drogenberatungsstelle Drobs und die „Therapieketten Niedersachsen“ als Verbund von paritätischen Drogen-

hilfeeinrichtungen. In den Regionen Oldenburg und Lüneburg entwickelten sich ambulante und stationäre Einrichtungen, in Hannover wurde die heutige STEP-Schule gegründet als Schulprojekt für Drogenabhängige und -gefährdete.

Auch die Arbeitstherapeutischen Werkstätten wurden zu dieser Zeit aufgebaut. Denn es war immer deutlicher geworden, dass die Drogenkonsument\*innen in der Szene arbeitslos waren. Es zeigte sich, dass spezielle medizinische Versorgung gebraucht wurde: In Langenhagen wurde die erste Entgiftungsstation gegründet. Der legal konsumierbare Alkohol kam zudem in den Blick der Helfer\*innen, die Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenmissbrauch (FAM) wurde eröffnet.

Auch in den 80ern wuchsen die Angebote. Die Rentenversicherung finanzierte nun die Rehabilitation, sie war zuvor eine Sozialleistung. Doch die Zahl der Drogentoten stieg. Wie konnte geholfen werden? Drogenarbeit hatte bisher die Zielsetzung, Drogenabhängige zu nachhaltiger Abstinenz zu verhelfen. Es wurde aber deutlich, dass diese von einem erheblichen Teil nicht gehalten werden konnte. Es kam zum Abschied vom Abstinenzgebot. Ende der 80er Jahre wurden mit dem Café Connection und der Übergangseinrichtung Bachstraße die ersten niedrigschwelligen Einrichtungen in Hannover aufgebaut.

1994 verschmolz die Drobs Hannover mit der STEP, weitere Beratungsstellen folgten in diesem Jahrzehnt. Dazu übernahm die STEP zeitweilig als Gesellschafter 50 Prozent von SIT gGmbH (Suchthilfe in Thüringen). In der Wedemark wurde Short STEP gegründet, eine Einrichtung für Kurztherapie von Drogenabhängigen, etwas später öffnete Ende der 1990er die Tagesklinik Grazer Straße. Und mit dem Fixpunkt der STEP wurde der erste Druckraum in Niedersachsen eröffnet. Im Schloss Gestorf öffnete die STEP ihre erste Einrichtung für chronisch mehrfachabhängige Personen.

Nach der Jahrtausendwende übernahm die STEP eine neue Aufgabenstellung: Es ging nun um Jugendhilfe. STEPKids wurde ins Leben gerufen. Auch die erste von zwei Radstationen am Hauptbahnhof Hannover und weitere Arbeitsprojekte zur ambulanten Wiedereingliederung wurden gegründet. Zeitgleich veränderte sich der Markt der Drogen. Die Technoszene etablierte sich und damit stieg der Konsum an synthetischen Drogen. Es galt, möglichst den Todesfällen unter den zum Teil jugendlichen Konsument\*innen entgegenzuwirken. Im Rahmen eines EU-Projekts zum Thema „Drug-Checking“ wurden die STEP und Hannover zum bundesweiten Vorreiter. Ebenfalls in den 00er Jahren wurde Hannover durch die Umsetzung der STEP in Kooperation mit der MHH eine von sieben Städten in Deutschland, die bis heute ein Substitutionsprojekt mit Diamorphin anbieten. Eine der großen Veränderungen folgte 2008 mit der Gründung der Klinik am Kronsberg: Neue Behandlungskonzepte wurden entwickelt. Mit 80 Plätzen ist die Klinik am Kronsberg heute die größte Sucht-Reha-Einrichtung Niedersachsens in freier Trägerschaft.

Die vergangenen zehn Jahre standen zunächst im Zeichen von organisatorischen Prozessen und der inhaltlichen Zusammenarbeit der STEP-Einrichtungen. Gleichzeitig kam es auch in den einzelnen Sparten zu neuen

Erkenntnissen, so reduzierten sich die Behandlungszeiten in der Sucht-Reha mit der zunehmenden Professionalisierung. Auf der Prozessebene absolvierte die STEP eine erste Zertifizierung nach DIN ISO in 2012. Doch auch das Thema Wachstum war keinesfalls zu Ende. Die Zahl der Mitarbeiter\*innen verdoppelte sich: 2015 verschmolz die Sucht- und Jugendhilfe Lüneburg gGmbH mit der STEP, 2017 kam die PARLOS gGmbH hinzu. Mit diesem Abschnitt wurde die STEP zu einem Träger, der niedersachsenweit Einrichtungen betreibt: Aus der STEP Hannover wurde die STEP Niedersachsen.



Informationsbesuch bei der Drobs Hannover, von links: STEP-Geschäftsführer Serdar Saris, Sozialministerin Daniela Behrens, Diana Fiedler (Einrichtungsleiterin) und Mirko Wollnik (stellv. Einrichtungsleiter).

Mit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 gewann die Digitalisierung und ihre Anforderungen an die Suchthilfe kurzfristig sehr stark an Bedeutung, einzelne Projekte wurden schnell und zielgerichtet umgesetzt. Die Pandemie war und ist eine Herausforderung für die gesamte Suchthilfe und damit auch für die Angebote und Einrichtungen der STEP. Alles musste sich dem Infektionsschutz unterordnen. „Unsere Mitarbeiter\*innen zeigen in dieser Zeit, dass sie eine hohe Bereitschaft haben, sich auf Veränderungen einzustellen und komplexe Aufgabenstellungen zu lösen“, sagt Serdar Saris. „Das gilt auch für die Mitglieder des STEP-Betriebsrats, die über die Jahrzehnte alle Entwicklungen konstruktiv begleitet haben.“ Für die kommenden Jahrzehnte, so Saris, stehe die STEP Niedersachsen gGmbH bereit, sich stets mit hohem Qualitätsanspruch weiterzuentwickeln und Bedarfslücken in Niedersachsen zu schließen.

### CHRISTINE TROWITZSCH

Leitung Unternehmenskommunikation  
STEP gGmbH

[www.step-niedersachsen.de](http://www.step-niedersachsen.de)

## MIT SCHAF, HUHN UND KÄNGURU FÜR EIN TOLERANTES MITEINANDER

Bildungsprojekte von Exil e.V. haben insbesondere die frühzeitige Sensibilisierung von Kindern im Vor- und Grundschulalter für Respekt und Toleranz zum Ziel.



Foto: Therese Heise

In den Workshops sammeln Exil e.V. und das Musiktheater LUPE gemeinsam mit den Kindern Ideen für ein tolerantes und wertschätzendes Miteinander.

Kinder begegnen bereits im frühen Alter verschiedenen Kulturen: im Kindergarten oder der Kindertagesstätte, in der Nachbarschaft, auf dem Spielplatz... Für das gemeinsame Spielen sind Herkunft, Alter oder Hautfarbe dabei erst einmal unwichtig. Und trotzdem fällt ihnen in der Regel zunächst wertfrei auf: „Da ist jemand anders als ich.“ Um die Kinder frühzeitig für ein tolerantes und wertschätzendes Miteinander zu sensibilisieren, ist es wichtig, an diesem Empfinden anzuknüpfen. Mit verschiedenen Bildungsprojekten an Kindergärten, Grund- und weiterführenden Schulen thematisiert der Verein Exil e.V. aus Osnabrück das Verschiedensein und Gemeinsamkeiten, Flucht- und Migrationsgeschichten sowie Integration und Toleranz.

Unter dem Motto „Fremd ist man nur, solange man sich nicht kennt“ greift Exil e.V. in Kooperation mit dem Musiktheater LUPE im Rahmen des Projekts „Wolle und Gack machen Theater“ die Frage nach dem Anders- und Verschiedensein auf. Die teilnehmenden Vor- und Grundschulkindern schauen den Film „Wolle und Gack“, der auf dem gleichnamigen Theaterstück des Musikthe-

aters LUPE basiert. In dem Film werden ein Schaf und ein Huhn ungewollt zu Nachbarn. Zielgruppengerecht wird erzählt, welche Herausforderungen die Begegnung verschiedener Kulturen mit sich bringen und wie ein vorurteilsfreies und wertschätzendes Zusammenleben gelingen kann. Anschließend schlüpfen die Kinder selbst in verschiedene Rollen und üben anhand theater- und medienpädagogischer Praxiselemente den respektvollen Umgang miteinander.

Auch das Projekt „Heimat passt in keinen Koffer“ richtet sich an Vor- und Grundschulgruppen und findet in Kooperation mit dem Musiktheater LUPE statt. Die teilnehmenden Kinder besuchen das Theaterstück „Wolle im Wasser“ in einer lokalen Kultureinrichtung. In dem Stück, das inhaltlich an „Wolle und Gack“ anknüpft, verliert das Schaf Wolle seine Heimat und muss sich im fremden Kängurien auf die Suche nach einer neuen Wiese machen. Die Geschichte erzählt von Flucht und dem Wunsch nach Ankommen und Geborgenheit. In anschließenden Workshops erarbeiten die Gruppen gemeinsam Möglichkeiten, Kinder, die neu in eine Klasse oder Gruppe kommen, hilfsbereit und offen zu empfangen.

Mit den Bildungsprojekten spricht Exil e.V. im Besonderen heterogene Gruppen an. Kinder mit und ohne Flucht- und Migrationsgeschichte arbeiten gemeinsam, lernen von- und miteinander und tragen dazu bei, auch in ihren Familien und ihrem Umkreis Vorurteile und Skepsis gegenüber anderen Kulturen abzulegen. Die bisherigen Projektumsetzungen zeigen: Kinder haben unkonventionelle und vielfältige Ideen für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt – dort möglichst früh anzusetzen ist Ziel von Exil e.V. Mit diesen Erfahrungen gestärkt plant der Mitgliedsverein des Paritätischen die Bildungsarbeit auch in Zukunft weiter auszubauen und noch mehr Kinder und Jugendliche zu erreichen.

**THERESE HEISE**  
Medienpädagogin  
Exil e.V.  
[www.exilverein.de](http://www.exilverein.de)

## FÜR EINE BUNTE & STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Das Projekt House of Resources Osnabrück • Diepholz stellt sich vor.



Das Team hinter dem Projekt, von links: Mareke Hauschild, Orhan Aydin, Rabea Mette und Dr. Barbara Peron.

die Antragstellung bis zur Abrechnung gewährt. Weitere Reihen, etwa zur Einführung ins Ehrenamt, zu Mehrsprachigkeit und zur Vereinsarbeit, sind bereits geplant. Auch Inhouse-Qualifizierungen gehören zum Angebot.

Das Projekt möchte ehrenamtlich engagierte Menschen unterschiedlichster Kultur und Herkunft untereinander und mit kommunalen Akteur\*innen vernetzen. Dafür werden regelmäßige Netzwerktreffen in den Regionen Osnabrück und Diepholz organisiert. Themenbezogen werden Think Tanks veranstaltet, der erste behandelte die Schwierigkeiten von EU-Binnenmigrant\*innen aus Südosteuropa. Als Mittler zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den lokalen MSO leitet das HoR Fördermittel weiter. Die Förderung umfasst Starterpakete, die Kosten einer Vereinsgründung decken, Aktionen wie z.B. Sommerfeste und eine Mikroprojektförderung für eingetragene Vereine in Höhe von bis zu 2500 €. Über die Anträge entscheidet eine unabhängige Jury. Mit den Fördermitteln konnten bereits erste Vereinsgründungen ermöglicht werden.

Auf den größten Bedarf stieß von Beginn an das Verleih- und Raumangebot des HoR. Für die Zielgruppe des Projekts stellt die Eleganz Bildungsplattform kostenlos Räumlichkeiten in Osnabrück und Diepholz zur Verfügung, in denen sich engagierte Menschen treffen und austauschen können. Aus einem breit aufgestellten Leihpool können sich Vereine und Initiativen zudem ausleihen, was sie für ihre Tätigkeit benötigen – seien es Pavillons, Bierzeltgarnituren, Kameras oder Laptops.

Das House of Resources Osnabrück • Diepholz wird als eines von 20 Häusern bundesweit vom Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Ko-finanziert wird das Projekt von der Niedersächsischen Lotto Sport Stiftung und der Klosterkammer Hannover.

**SIMON RITZ**  
Projektmanagement  
Eleganz Bildungsplattform e.V.  
[www.eleganz-bp.de](http://www.eleganz-bp.de)  
[www.hor-osnabrueck.de](http://www.hor-osnabrueck.de)

Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement als Motor der Integration begreifen und fördern – das ist Anspruch und Motivation des Projekts House of Resources Osnabrück • Diepholz (HoR). Träger des Projekts ist die Eleganz Bildungsplattform e.V., die sich seit 25 Jahren in und um Osnabrück für Menschen mit Migrationshintergrund stark macht. Im Projekt wird mit dem Paritätischen Niedersachsen, dem paritätischen Kreisverband Osnabrück und der Stadt Diepholz zusammengearbeitet.

Mit dem Ziel, Migrantenselbstorganisationen (MSO), integrativ-wirkende Vereine und Ehrenamtliche niederschwellig und lokal zu fördern, hat das HoR in diesem Frühjahr in einer digitalen Auftaktveranstaltung mit mehr als 140 Gästen seine Arbeit aufgenommen. Das Projekt fußt auf vier Säulen: Beratung & Qualifizierung, Vernetzung, Förderung und Ressourcen. In offenen Sprechstunden und individuellen Terminen berät das Team des HoR zu Fragen rund ums Ehrenamt und Vereinswesen: Wie gründen wir einen Verein? Wie finden wir neue Mitglieder? Wie gestaltet sich eine interkulturelle Öffnung des Vereins? Hierbei stehen die Mitarbeitenden mit Rat und Tat zur Seite.

Die erste großangelegte Qualifizierungsmaßnahme stellte die Webinar-Reihe „Projektarbeit im Ehrenamt“ dar, welche mit rund sechzig Teilnehmenden sehr gut angenommen wurde. In sieben Sitzungen wurde ein Einblick in das Projektmanagement von der Ideenfindung über

## DER KINDERSCHUTZBUND IN BRAUNSCHWEIG HAT EIN NEUES DOMIZIL

Was mehr als 30 Jahre lang die zentrale Adresse des örtlichen Kinder- und Jugendtheaters war, ist nun die neue Heimstätte des Kinderschutzbundes.



Blick in den Saal im Obergeschoss, der barrierefrei erreichbar ist und für Veranstaltungen gemietet werden kann.

Neben der räumlichen Enge am alten Standort am Madamenweg war es die rasante Entwicklung der Organisation, die den Kinderschutzbund Braunschweig bereits vor Jahren dazu veranlasst hatte, sich nach einem neuen Domizil umzusehen. Die lange Suche nach einem geeigneten Standort hat den Kinderschutzbund im vergangenen Jahr schließlich in das Magniviertel geführt, wo in dem ehemaligen Gemeindehaus der Magnigemeinde die bisher vom Theater genutzten Räumlichkeiten zur Verfügung standen.

Für den seit mehr als 50 Jahren aktiven und mit wachsenden Aufgabenbereichen größer gewordenen Kinderschutzbund ergibt sich an seinem neuen Hauptsitz die lange ersehnte Möglichkeit, zahlreiche Bereiche unter einem Dach zu vereinen. Dazu gehören neben der Geschäftsstelle unter anderem die Gewaltberatungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder sowie die Braunschweiger Patenschaften und die Nummer gegen Kummer. Weitere Bestandteile des Angebots sind Fortbildungen und Workshops sowie Elternkurse, Elternabende und die Schulbesuche in den 4. Klassen der Braunschweiger Grundschulen. Die in der Trägerschaft des Kinderschutzbundes organisierte Schulkindbetreuung bleibt in den Standorten Diesterwegstraße und Ilmenaustraße innerhalb der Grundschulen bestehen.

Die neue, für Büro- und Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehende Nutzfläche ist wesentlich größer als die im alten Domizil. Ein Teil des Gebäudes wird neben der Eigennutzung für Veranstaltungszwecke untervermietet. Dies war bisher unter den Corona-Bedingungen allerdings nur sehr eingeschränkt möglich. Bei Interesse sind die Konditionen auf der Homepage unter [www.dksb-bs.de/raumvermietung](http://www.dksb-bs.de/raumvermietung) nachzulesen.

Aufgrund des aufgelaufenen Sanierungsstaus waren umfangreiche Umbau- und Sanierungsmaßnahmen nötig, die in mehreren Etappen erfolgten. Nach der Fertigstellung des Erdgeschosses und dem Bezug des Bürotrakts im Juni 2020 wurden der Saal im Obergeschoss, das Treppenhaus und das Außengelände mit einem barrierefreien Zugang ausgestattet. Gerade ist der Umbau der jetzt ebenfalls barrierefreien Toiletten im Obergeschoss abgeschlossen. Den Abschluss der Maßnahmen wird der Einbau eines Fahrstuhls bilden.

Die Investitionen in den Umbau waren ein finanzieller Kraftakt für den Kinderschutzbund, der auch nur verantwortlich unternommen werden konnte, weil die Gemeindepflegestiftung St. Magni als Vermieter und das Braunschweiger Staatstheater als Vormieter sich kooperativ, unbürokratisch und finanziell entgegenkommend im Hinblick auf die eigenen Verpflichtungen zeigten. So konnten immer Klärungen bzw. Lösungen gefunden werden, die allen Parteien eine Win-win-Situation ermöglichte. Die Zufriedenheit der Mitarbeiter\*innen und das Lob von Besucher\*innen des Hauses bestätigen den Kinderschutzbund immer wieder darin, eine richtige Standortentscheidung getroffen zu haben.

**LISA SCHNEPEL**

Geschäftsführerin

**JOSEF LENHARDT**

Schatzmeister

Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Braunschweig e.V.

[www.dksb-bs.de](http://www.dksb-bs.de)

Foto: Niklas Lenhardt

## TOLLER START FÜR BÄM!

Am 28.06.2021 ist das Paritätische Jugendwerk Niedersachsen gemeinsam mit einigen Mitgliedsorganisationen mit einer Kampagne zur Stärkung der Offenen Jugendarbeit an den Start gegangen, um die Offene Jugendarbeit wieder mehr in den Fokus zu rücken und vor allem an Sichtbarkeit zu gewinnen.



Die Projektgruppe war und ist fleißig unterwegs. Und die bisherigen Ergebnisse können sich sehen lassen: Auf dem eigens eingerichteten Instagram-Account (@kampagne\_offene\_jugendarbeit) ist der spannende Verlauf der Kampagne gut sichtbar. Hier finden sich kleine Kurzvideos, versehen mit

Botschaften zur Jugendarbeit, sowie interessante Posts unter anderem zum „Making of“ des eigens produzierten Jingles oder den coolen Merchandising-Artikeln. Die Projektgruppe freut sich riesig über den bisherigen Zulauf von Followern, die seit dem Start die Zahl 100 überschritten haben. Und auch analog ist die Kampagne gut sichtbar, denn viele der bunten Plakate können bereits in Niedersachsen entdeckt werden: Von Gastronomie über Einzelhandel, Schulen, Jugendzentren und Institutionen – an vielen Stellen finden sich tolle Plakatmotive mit Statements, die die Gruppe selbst erarbeitet hat.

Und es sind noch weitere klasse Aktionen geplant – also nichts wie hin zu Instagram um die weiteren, kreativen Posts nicht zu verpassen! Denn die Jugendarbeit ist mehr als nur ein Job, Jugendarbeit ist BÄM (Begegnen, Ärmel hoch, Mitbestimmen)! Mit der Kampagne zur Stärkung der Offenen Jugendarbeit wollen wir zeigen, was Jugendarbeit leistet, wozu sie beiträgt und warum sie unverzichtbar ist. Auch die Politik ist bereits auf uns aufmerksam geworden – hier sind sicherlich noch interessante Gespräche zu erwarten.

Wir wollen noch mehr „BÄM“ für die Jugendarbeit erreichen und freuen uns über weitere Follower, die diese Kampagne damit unterstützen! Denn je größer wir werden, desto sichtbarer werden wir und desto mehr wird die Jugendarbeit wahrgenommen – und zwar so, wie sie

es verdient! „Wir lassen die Jugend sprechen – zuhören müsst ihr!“ heißt es in dem eigens produzierten Jingle, der sich mit dieser Forderung an die Politik wendet. Na, neugierig? Dann heißt es: Reinhören und die Botschaft weitertragen.

Bis Anfang nächsten Jahres wird die Kampagne am Start bleiben. Was die Projektgruppe zum Abschluss der Kampagne plant, wird hier noch nicht verraten. Aber eins ist sicher – es wird BÄM!



Freuen sich über die Projektstart: Die Mitglieder der Projektgruppe BÄM!



**NATASCHA JULIKA SAMP**

Projektkoordination

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen

[natascha.samp@paritaetischer.de](mailto:natascha.samp@paritaetischer.de)

[www.paritaetisches-jugendwerk.de](http://www.paritaetisches-jugendwerk.de)

**BÄM! Diese Mitgliedsorganisationen sind dabei:**

Paritätischer Cuxhaven, Kinderhaus Wittlager Land e.V., JuCon Goseburg, Das Sprotte e.V. Nienburg, Politik zum Anfassen e.V. Hannover, Jugendpflege Emlichheim Jugendhaus 21, Jugend- und Kulturzentrum Komplex Schütterturf, Jugend- und Kulturzentrum Gleis 1 Neuenhaus, Fokus e.V. Osnabrück

## SELBSTHILFEGRUPPEN STELLEN SICH VOR

Der 35. Hannoversche Selbsthilfetag war ein voller Erfolg – dabei stand für die Organisator\*innen der Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich (KIBIS) des Paritätischen Hannover lange nicht fest, ob die Veranstaltung überhaupt stattfindet.

Nach intensiver Planung und der Abwägung, ob es in diesem Jahr überhaupt einen Selbsthilfetag vor Ort geben soll, kam knapp zwei Wochen vor der Veranstaltung die Erlaubnis vom Fachbereich Gesundheit und Prävention der Region Hannover und der Landeshauptstadt, die Veranstaltung durchzuführen. Von da an überschlugen sich die Meldungen: Die Inzidenzzahlen fielen, die Geschäfte durften, genauso wie die Außengastronomie, an diesem Tag wieder öffnen. Entsprechend waren am 29. Mai viele strahlende Gesichter zu sehen, denn obwohl Selbsthilfegruppen seit 2020 von Kontaktbeschränkungen stark betroffen sind, konnten sich die Akteur\*innen der Selbsthilfe an diesem Tag in Hannovers Innenstadt wieder live präsentieren. Und die Menschen kamen und nutzten die Möglichkeit, sich persönlich an den Ständen der Selbsthilfegruppen und der KIBIS beraten zu lassen.

39 Selbsthilfegruppen waren vor Ort. Sie kamen mit vielen Bürger\*innen ins Gespräch, vermittelten Kontakte, beantworteten Fragen und freuten sich über die prominenten Besucher\*innen an ihren Ständen. So stateten neben Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay auch der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Heiger Scholz und die stellvertretende Regionspräsidentin Michaela Michalowitz dem Selbsthilfetag einen Besuch ab. Auch Dörte von Kittlitz vom Selbsthilfebüro Niedersach-



Im Gespräch von links: Diana Rieck-Vogt, Vorsitzende des CDU-Ortsverbands Mitte und Bezirksratsfrau, Michaela Michalowitz, stellv. Regionspräsidentin und Dörte Lüers, Leiterin der KIBIS Hannover.

sen, Georg Steimann, Geschäftsführer des Paritätischen Hannover und Birgit Jaster, Teamleiterin des Bereichs Pflege und Gesundheit beim Paritätischen Niedersachsen zollten den vielen ehrenamtlich Tätigen an ihren Ständen Respekt und Anerkennung für deren Engagement in Sachen Selbsthilfe. Aus Sicht der KIBIS: Ein rundum gelungener 35. Hannoverscher Selbsthilfetag!

### TATJANA HATTIG

Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich (KIBIS) Hannover  
*Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Hannover GmbH*  
[www.kibis-hannover.de](http://www.kibis-hannover.de)

## Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Jetzt den VdK unterstützen und Mitglied werden!

[www.vdk.de/nb](http://www.vdk.de/nb)



## INKLUSION IN BUNTEN TÜTEN

Die Werkstatt Jever, eine Einrichtung der Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven (GPS), betreibt jetzt den Kiosk im Freibad Jever.

Jeder verbindet wohl besondere Erinnerungen mit seinen Freibadbesuchen. Natürlich steht zunächst der Sprung ins kühle Nass im Vordergrund. Aber spätestens beim Sonnenbad regt sich dann der kleine Appetit. Der Duft nach Pommes und Bratwurst liegt verlockend in der Luft und zieht die Badegäste in Scharen zum Kiosk. Entsprechend groß war das Bedauern bei Christian Pohl von der GPS Werkstatt Jever, als er beim Freibadbesuch im letzten Sommer auf einen geschlossenen Kiosk blickte. Es veranlasste ihn zur Kontaktaufnahme mit der Stadt Jever: Der Betrieb konnte wegen Corona nicht aufgenommen werden, aber es fehlte auch an neuen Betreiber\*innen für das kleine Lädchen. Die Werkstatt Jever bot sich daraufhin an, den Kiosk künftig zu betreiben – ein Plan, der mittlerweile umgesetzt wurde.

„Wer stand nicht schon mal in der Schlange für ein Eis oder die berühmte bunte Tüte“, so Klaus Puschmann, Geschäftsführer der GPS. Er begrüßte die Übernahme des Kioskes von der Werkstatt Jever und dankte dem Bürgermeister für das Vertrauen und die tolle Chance, die sich dadurch für die Beschäftigten der Werkstatt ergibt. Diese werden bei ihrer Arbeit im Kiosk durch eine Mitarbeiterin fachlich angeleitet und unterstützt – selbstverständlich unter der Einhaltung eines strengen Hygienekonzeptes. „Corona-Regeln einhalten können unsere Menschen, das üben wir bereits seit mehr als einem Jahr. Auch bei uns in der Werkstatt wird nach strengen Vorgaben gearbeitet“, erklärt Daniela Burr, Leiterin der GPS Werkstatt, die in diesem Jahr ihr 40-jähriges Jubiläum feiert.

Dem Aufruf in der Werkstatt folgten bereits 15 Interessierte, viel mehr als erwartet, eine bunte Truppe. „Wir freuen uns besonders, dass hier jeder seine Chance bekommen kann, selbst diejenigen mit einem hohen Unterstützungsbedarf“, freut sich Daniela Burr. So konnte bereits eine Arbeitsgruppe mit dem Üben der Tätigkeiten beginnen, während die Ungeduld wächst. „Wann geht’s denn endlich los?“, war eine häufig gestellte Frage, vor allem in den Tagen vor der Eröffnung am 1. Juni.



Freuen sich darüber, dass im Freibad Jever ein inklusiver Kiosk betrieben wird (von links): Daniela Burr, Klaus Puschmann und Christian Pohl von der GPS mit Bürgermeister Jan Edo Albers.

„Gerade der Umstand, dass wir hier Menschen mit Behinderung und im Besonderen junge Menschen im alltäglichen Leben zusammenbringen, wird ein weiterer Schlüssel zum Erfolg für die Inklusion in Jever sein“, sagt Bürgermeister Jan Edo Albers und betont außerdem, wie sehr die GPS als starker Partner in der Stadt geschätzt wird.

### INA WINKLER

Öffentlichkeitsarbeit  
*Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven*  
[www.gemeinsam-unterstuetzen.de](http://www.gemeinsam-unterstuetzen.de)

## 38. MITGLIEDER-VERSAMMLUNG

des Paritätischen Niedersachsen  
**am Sonnabend, 20.11.2021**  
 Einlass 9 Uhr, Beginn 10 Uhr  
 Congress Centrum Hannover  
 (Niedersachsenhalle)

Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.  
 Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

## PERSONALIA

### AUS DEM VERBAND

#### Uelzen: Trauer um Dieter Möllmann

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. trauert um seinen ehemaligen Mitarbeiter Dieter Möllmann, der am 18. Juni 2021 im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Dieter Möllmann war langjähriger Geschäftsführer des Paritätischen Osnabrück. Wir haben mit ihm einen ganz besonderen Menschen und hoch geschätzten Kollegen verloren, dem wir stets ein herzliches, ehrendes Andenken bewahren werden.

### AUS DEN MITGLIEDSORGANISATIONEN

#### VdK: Friedrich Stubbe als Vorsitzender bestätigt

Friedrich Stubbe führt weiter den VdK-Landesverband an: Er ist mit großer Mehrheit in seinem Amt als Landesverbandsvorsitzender des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen bestätigt worden. Der Landesverbandstag wählte Stubbe am 23. Juni 2021 mit 95,6 Prozent der abgegebenen Stimmen.



Friedrich Stubbe

## VERANSTALTUNGEN

Weitere Informationen zu den Seminaren finden Sie auf [www.paritaetischer.de/aktuelles/seminare](http://www.paritaetischer.de/aktuelles/seminare).

### OKTOBER 2021

**01.10.2021**

#### ONLINESEMINAR

Strukturseminar: vom (Ehrenamts-)Verein zum modernen Sozialunternehmen

**05./06.10.2021**

#### ZWEITÄGIGES ONLINESEMINAR

Coaching und Facilitating als Führungsaufgabe – vom Ansagen zum Führen durch Fragen

**11./12.10.2021**

#### ZWEITÄGIGES ONLINESEMINAR

Mit Angriffen und Vorwürfen umgehen Klug kontern – nie mehr sprachlos

### NOVEMBER

**16.11.2021**

#### ONLINESEMINAR

Frauen in Führung – Überzeugen und Durchsetzen als weibliche Führungskraft

**30.11./01.12.2021**

#### ZWEITÄGIGES ONLINESEMINAR

Professionell vom Teammitglied zur Leitung – Heute Kolleg\*in – morgen Chef

#### Ihre Ansprechpartnerin:

#### TIMEA THOMSEN

Sekretariat Abteilung Mitgliederbetreuung, Pflege, Gesundheit und Integration  
Tel.: 0511 / 524 86-368

[timea.thomsen@paritaetischer.de](mailto:timea.thomsen@paritaetischer.de)

## WILLKOMMEN IM PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND NIEDERSACHSEN E.V.

### Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir kurz vorstellen. Weitere Informationen über unsere Mitgliedsorganisationen finden Sie auf unserer Website [www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de), Rubrik „Mitglieder“.

#### Balance Wohnen gGmbH, Garbsen

Die Balance Wohnen gGmbH bietet Ambulant Betreutes Wohnen in Hannover, Wunstorf und Springe. Das Angebot wendet sich an volljährige Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und/oder einer Suchterkrankung, die stationäre Behandlungsformen nicht benötigen und für die andere ambulante Begleitungen nicht ausreichen. Die Begleitung erfolgt auch in Phasen, in denen es nicht dauerhaft gelingt, auf Substanzgebrauch komplett zu verzichten. Da diese Form der Unterstützung auf freiwilliger Basis erfolgt und jederzeit kündbar ist, spielt das gegenseitige Vertrauen eine entscheidende Rolle in der Zusammenarbeit.

>> **KONTAKT** | [info@balance-ev.com](mailto:info@balance-ev.com)  
[www.balance-ev.com](http://www.balance-ev.com)



#### Traumfänger Trauerbegleitung für Kinder und Jugendliche e.V., Ankum

Der Traumfänger e.V. – Trauerbegleitung für Kinder und Jugendliche – hat sich am 12. August 2020 gegründet. Zweck des Vereins ist die Begleitung von Kindern und Jugendlichen in Trauer mit Gruppensitzungen und einer Trauerberatungsstelle. Der Traumfänger häkt hierfür Gruppen- und Einzelangebote für Kinder und Jugendliche ab 3 Jahren vor, in denen der Raum und die Zeit für den individuellen Trauerprozess gefunden werden können. Darüber hinaus bietet der Verein ein umfassendes Aufklärungs- und Beratungsangebot für Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen. Einzugsgebiet ist der „Altkreis Bersenbrück“, aber auch angrenzende Kommunen und Kreise.

>> **KONTAKT** | [info@trauerbegleitung-ankum.de](mailto:info@trauerbegleitung-ankum.de)  
[www.trauerbegleitung-ankum.de](http://www.trauerbegleitung-ankum.de)



#### Camp Europe e.V., Hamburg

Camp Europe e.V. entwickelt seit 15 Jahren Outdoor-Bildungsprogramme mit Teilnehmer\*innen aus über 45 verschiedenen Ländern. Der Verein bildet Jugendleiter\*innen aus unterschiedlichen Nationen aus, die dann in Jugendcamps auch auf europaweiten Reisen im Einsatz sind, um interkulturellen Austausch und das Kennenlernen fremder Kulturen und Sprachen von Kindern in Ferienlagern (Camps) zu fördern. Zudem bietet der Verein erlebnispädagogische Klassenreisen an. Camp Europe e.V. betreibt bei Walsrode ein Internationales Feriencamp, in dem 140 Schlafplätze im Haus und rund 400 Zeltplätze für eigene Maßnahmen der Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

>> **KONTAKT** | [info@campeurope.net](mailto:info@campeurope.net)  
[www.campeurope.net](http://www.campeurope.net)



#### Lange Aktiv Bleiben LAB Neu Wulmstorf e.V., Neu Wulmstorf

Der Verein Lange Aktiv Bleiben LAB schafft Angebote für ältere Menschen, damit diese möglichst lange aktiv bleiben können. Das Programm bietet neben Sport- und Bewegungsangeboten auch kulturelle Angebote (Theaterbesuche, Kunst- und Lesekreise) sowie Kreativangebote sowie Angebote zur sozialen Teilhabe an. Hier sind insbesondere Kurse zum Erwerb von Medienkompetenzen wie der Computertreff und Kurse zum Umgang mit dem Smartphone zu nennen. Der Verein unterstützt so die Bestrebungen älterer Menschen, sich in geselligen Zusammenkünften zu fördern, zu helfen und einer möglichen Vereinsamung und Isolation entgegen zu wirken.

>> **KONTAKT** | [ellen.knoop@gmx.de](mailto:ellen.knoop@gmx.de)  
[www.labneuwu.de](http://www.labneuwu.de)



## VERBANDSJUBILÄEN

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. in den Monaten Juli, August und September 2021:

### 10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 2011)

- ILIS Leitsysteme gem. GmbH, Hannover
- Meracon Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Arbeit mbH, Wilhelmshaven
- S & S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH KOMPETENZWERK, Hamburg
- Vietnam-Zentrum Hannover e.V., Hannover

### 20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 2001)

- Kassiopeia e.V. Verein für einen zweiten kreativen Weg, Hameln
- Sonderpflege e.V., Bartrup
- Wildwasser Oldenburg e.V. Verein gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen, Oldenburg

### 25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1996)

- Deutsche Parkinson Vereinigung e.V. – Bundesverband e.V., Neuss
- DroBel Drogenberatung Lehrte e.V., Lehrte
- Sozialwerk des Christus-Centrum Osnabrück e.V., Osnabrück

### 30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1991)

- Freie Soziale Dienste Friesland e.V., Varel
- Balance e.V., Garbsen
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Hameln, Hameln
- Förderverein Waldorfpädagogik Grafschaft Bentheim e.V., Nordhorn
- UMKREIS Verein zur Förderung sozialer Hilfen e.V., Horstedt

### 35 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1986)

- Braunschweiger Aids-Hilfe e.V., Braunschweig

### 40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1981)

- Deutscher Kinderschutzbund e.V. KV Northeim, Northeim
- Verein Frühförderung Emden e.V., Emden

### 60 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1961)

- Reichsbund Freier Schwestern e.V., Paderborn

### 70 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1951)

- Studentenwerk Göttingen Stiftung öffentlichen Rechts, Göttingen
- Studentenwerk OstNiedersachsen, Braunschweig
- Verein Landheim Sophienschule e.V. Hannover, Hannover

## IHRE ADRESSDATEN

Sie sind Mitglied im Paritätischen Niedersachsen und bei Ihrer Organisation haben sich Änderungen ergeben? Vielleicht ist Ihre Einrichtung umgezogen, der Vorstand hat gewechselt oder die E-Mail-Adresse wurde aktualisiert?

Damit wir unsere Daten auf dem neusten Stand halten, bitten wir Sie, uns diese und andere Änderungen Ihrer Organisation mitzuteilen. Schicken Sie Ihre aktualisierten Daten an:

[datenabgleich.crm@paritaetischer.de](mailto:datenabgleich.crm@paritaetischer.de)

**Wir danken für Ihre Unterstützung!**

## DER PARITÄTISCHE STELLENMARKT

Sie suchen neue Mitarbeiter\*innen? Wir helfen Ihnen! Senden Sie Ihre Ausschreibung als drucktaugliches PDF an

[report@paritaetischer.de](mailto:report@paritaetischer.de)

Die Veröffentlichung ist für Mitgliedsorganisationen kostenlos!



## Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ) gGmbH

Wir sind eine soziale Einrichtung in Einbeck mit ca. 140 Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen. Insbesondere behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche werden von uns ambulant und teilstationär gefördert und betreut. Dazu unterhalten wir eine Frühförderung, einen Heilpädagogischen Kindergarten, einen Sprachheilkindergarten, die staatlich anerkannte Tagesbildungsstätte –Ilmeschule–, das Ambulant Betreute Wohnen sowie mehrere therapeutische Praxen.

Für unsere **Praxis für Logopädie** suchen wir **zum nächstmöglichen Termin**, aufgrund des altersbedingten Ausscheidens der derzeitigen Stelleninhaberin,

**eine/n Logopädin/Logopäden  
oder  
eine/n Sprachtherapeutin/Sprachtherapeuten  
als Praxisleitung**

in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung (mindestens 32 Wochenstunden).

Vorausgesetzt werden insbesondere auch Kenntnisse in der Therapie von Kindern und Jugendlichen sowie die Fähigkeit zur konstruktiven, interdisziplinären Zusammenarbeit. Wirtschaftliches Denken, persönliches Engagement, Loyalität sowie Fach- und Führungskompetenz sind unabdingbare Voraussetzungen für die Position. Leitungserfahrung wäre von Vorteil. Die administrativen Vorgänge werden weitgehend von der Verwaltung unseres Förderzentrums abgewickelt.

In einem kleinen, motivierten Team bieten wir Ihnen einen Arbeitsplatz bei besten räumlichen Bedingungen, der selbständiges Arbeiten ermöglicht und erfordert. Wir bieten eine angemessene Vergütung auf individualvertraglicher Grundlage, eine betriebliche Altersversorgung (VBLU) sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an Fortbildungen.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung richten Sie bitte an:

**Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ) gGmbH**  
**Geschäftsführer Rüdiger Ernsting**  
**Fröbelstraße 1, 37574 Einbeck**

Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter der Telefonnummer 05561 94 93 13 zur Verfügung.

Weitere Stellenangebote finden Sie unter [www.ptz-einbeck.de](http://www.ptz-einbeck.de).

## Gegenwart gestalten, Zukunft denken

**Willkommen bei der Stiftung Waldheim** – wir sind ein modernes, zertifiziertes Unternehmen mit über 600 begeisterten Köpfen in 37 verschiedenen Berufsfeldern. Zusammen entwickeln wir Wege in eine Gesellschaft für alle: Dabei begegnen wir uns mit Respekt und Wertschätzung, hören zu und verdoppeln unser Wissen, indem wir es teilen. Vielleicht bald mit Ihnen? Wir suchen zum nächstmöglichen Termin einen ambitionierten Nachfolger für einen Kollegen, der über 40 Jahre lang an der erfolgreichen Entwicklung der Stiftung Waldheim engagiert beteiligt war:

## Fachbereichsleiter (w/m/d) Tagesförderung von Menschen mit Behinderung

### Hier sind Sie gefragt

- Kompetent leiten und organisieren Sie unsere Tagesförderstätten mit mehr als 220 Kunden, die begleitenden Dienste, unsere hausübergreifenden Freizeitangebote und entwickeln diese stetig weiter.
- Zu diesem Zweck erarbeiten Sie zeitgemäße Maßnahmen, mit denen wir eine moderne Rehabilitation unserer Klientinnen und Klienten sicherstellen können.
- Auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten beweist sich Ihr umfangreiches Fachwissen: Sie steuern die gegebenen Ressourcen mit Qualitätsanspruch.
- Sie bringen außerdem die konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Wohnbereichen und den Waldheim Werkstätten (Werkstatt für behinderte Menschen) voran.
- Und weil Sie einfach hervorragend mit Menschen können, fühlen sich auch Ihre Mitarbeitenden von Ihnen rundum gut verstanden und gefördert.

### Das ist Ihr solides Fundament

- Abgeschlossenes Studium des Sozialwesens, z.B. Soziale Arbeit, Sozialpädagogik oder Heilpädagogik oder ein vergleichbarer Abschluss
- Mehrjährige Leitungserfahrung, Fähigkeit zum eigenständigen Arbeiten, Belastbarkeit
- Kenntnisse im Teilhaberecht nach SGB IX und damit verbundene Instrumente (BENi, HMB-T)
- Bereitschaft zur Arbeit im Bereitschaftsdienst
- Eine souveräne Führungspersönlichkeit, die überzeugend kommunizieren kann, großen Wert auf ein zufriedenes, motiviertes Team legt und die Stärken der Teammitglieder fördert
- Gutes betriebswirtschaftliches Wissen

### Entdecken Sie Ihre Möglichkeiten bei uns - immer wieder neu

- Eine von unserem Leitbild und Kernwerten geprägte Unternehmenskultur
- Attraktive Vergütung in Anlehnung an den TVöD mit jährlichen Gehaltsanpassungen
- Jahressonderzahlung, vermögenswirksame Leistungen, betriebliche Altersvorsorge
- Individuelle fachliche Fortbildungen, Coaching unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen Ihres Arbeitsplatzes
- 30 Tage Urlaub und eine wöchentliche Arbeitszeit von nur 38,5 Stunden in Vollzeit
- Transparente Dienstplanung und Zeiterfassungssystem, QM- und IT-gestützte Arbeitsorganisation
- Beste Anbindung zwischen Verden und Bremen durch die A27, nahe der A1

### Sie sind überzeugt?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung! Ihre Unterlagen gehen am besten an [bewerbung@waldheim-gruppe.de](mailto:bewerbung@waldheim-gruppe.de). Sie haben noch Fragen? Passende Antworten gibt Ihnen gerne Gunther Rath, Vorstandsmitglied, unter 04235 89-104. Wir sind gespannt, von Ihnen zu hören!

**Stiftung Waldheim**  
**Fachdienst Personal**  
**Helene-Grulke-Straße 5**  
**27299 Langwedel**

[www.stiftung-waldheim.de](http://www.stiftung-waldheim.de)

# IHR PARITÄTISCHER IN NIEDERSACHSEN

## VORSITZENDE DES VERBANDSRATS

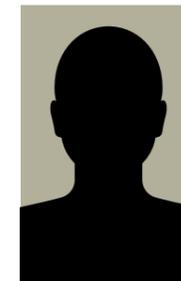


**Ulla Klapproth**  
[ulla.klapproth@paritaetischer.de](mailto:ulla.klapproth@paritaetischer.de)



**Kurt Spannig**  
[k.spannig@gmail.com](mailto:k.spannig@gmail.com)

## HAUPTAMTLICHER VORSTAND



**N.N.**  
 Vorsitzende  
 Paritätischer Wohlfahrtsverband  
 Niedersachsen e.V.  
 Gandhistrasse 5a  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 / 52486-0  
[landesverband@paritaetischer.de](mailto:landesverband@paritaetischer.de)



**Rainer Flinks**  
 Vorstand Wirtschaft und Finanzen  
 Paritätischer Wohlfahrtsverband  
 Niedersachsen e.V.  
 Gandhistrasse 5a  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 / 52486-0  
[landesverband@paritaetischer.de](mailto:landesverband@paritaetischer.de)

## IHRE ANSPRECHPARTNER\*INNEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

Haben Sie ein bestimmtes Anliegen? Suchen Sie fachlichen Rat oder kompetente Unterstützung?

Unsere Expertinnen und Experten der sozialen Arbeit helfen Ihnen gerne weiter!

Auf [www.paritaetischer.de/kontakt](http://www.paritaetischer.de/kontakt) finden Sie auf einen Blick Kontaktangaben zu allen wichtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

### EHRENVORSITZENDE

#### Günter Famulla

Vorsitzender 1997 bis 2009  
 Ehrenvorsitzender seit 2009

#### Wolfgang Neubelt †

Direktor 1956 bis 1988  
 Vorsitzender 1988 bis 1997  
 Ehrenvorsitzender 1997 bis 2015

#### Karin Ruth Diederichs †

Vorsitzende 1980 bis 1988  
 Ehrenvorsitzende 1988 bis 2017

### MITGLIED WERDEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

Umfangreiche Information und fachliche Beratung, Austausch mit anderen Organisationen aus dem gleichen Arbeitsgebiet. hilfreiche Dienstleistungen, Rahmenverträge, Stiftungsmittel und vieles mehr – eine Mitgliedschaft im Paritätischen Niedersachsen hat viele Vorteile!  
 Näheres dazu erfahren Sie auf [www.paritaetischer.de/mitgliedwerden](http://www.paritaetischer.de/mitgliedwerden)

Wir freuen uns darauf, Sie in der bunten paritätischen Familie begrüßen zu können!



[paritaetischer.de](http://paritaetischer.de)

